



AUS DEM INHALT



Der Antiziganismus muss effektiv bekämpft werden

Seite 3



Wohnungslosigkeit: Zugewanderte der Pandemie

Seite 4



Dortmund nach Corona – unsere Stadt neu denken

Seite 5



Gedenken zum 15. Todestag von Mehmet Kubaşık

Seite 12

Frauen und Mädchen in der Pandemie

Eine Krise in der Krise- sofort beenden und selbstbestimmt ins Positive wenden!

Seit Beginn der Pandemie hat, laut einem aktuellen UN-Bericht, die Gewalt gegen Frauen und Mädchen weltweit zugenommen. Jegliche Form von Gewalt, teilweise drastisch. Auch in Deutschland und Europa hat Gewalt gegen Frauen und Mädchen seit Beginn der Pandemie zugenommen. Dies gilt für Frauen und Mädchen jeglicher Herkunft. Die Erklärung für die Gründe dahinter ist so einfach wie auch kompliziert zugleich. In vielen Gesellschaften der Welt zählen Frauen und Mädchen zu den benachteiligten Gruppen. In Krisen werden die Ungleichheiten und Benachteiligungen häufig verstärkt

und nehmen teils dramatisch zu. So auch insbesondere für BIPOC Frauen, Mädchen und LGBT*I*Q. Zumeist längerfristig. Gesundheitliche und ökonomische Folgen ergeben sich daraus. Es ist also nicht die Pandemie, die die Gewalt gegen Frauen und Mädchen geschaffen hat, sondern die Zustände und Benachteiligungen, die überwiegend bereits bestanden haben, haben die Zunahme der Gewalt an eben diesen Gruppen begünstigt und erleichtert. Die Gründe dafür sind zwar nicht abschließend, zumeist sind es allerdings folgende: Frauen und Mädchen sind aufgrund von Gesellschaft und Staats-

strukturen in denen sie leben häufig bereits benachteiligt. So z.B. in Bezug auf BIPOC Frauen, Mädchen und LGBT*I*Q. Häufig ist die Rolle die ihnen zugeschrieben wird und in der sie aufwachsen so angelegt, dass sich nicht uneingeschränkt entfalten und selbstbestimmt leben können. Frauen sind in dieser Pandemie nicht wegdenkbar als Macher*innen. Frauen sind hierzulande fast flächendeckend in sog. systemrelevanten Berufen tätig, dazu kommt, dass sie Ehefrauen, Partner*innen, Mütter, Berufstätige, Pfleger*innen, Versorger*innen, Haushaltstätige, u.v.m. sind. Häufig auch

noch unter schlechten ökonomischen Bedingungen.

Wird nun noch der Faktor der Migration oder Flucht dazu addiert, dann ergibt das eine Benachteiligung, die die Lebensumstände der Frauen und auch der Mädchen noch weiter erschweren. Die Schulen werden pandemiebedingt mal geschlossen und es wird auf Home-schooling umgestellt, mal gibt es Wechselunterricht in Präsenz.

Viele Arbeitsstellen werden gestrichen oder Bedingungen erschwert, diese treffen häufig Frauen.

Fortsetzung auf Seite 8

Corona im April 2021: Steigende Inzidenzen, Lockdown, Testen und Impfen. Großer Orientierungsbedarf.

Die Hoffnung auf das Frühjahr war groß: endlich die akute Covid-19-Bedrohung hinter sich lassen. Aber es kam eher so, wie die Warner es vorausgesagt hatten: Die Impfungen und das Testen verzögern sich, die Inzidenz, also die Entwicklung der Neuerkrankungen in einer Woche, steigt. Das Hin- und Her zwischen Öffnungshoffnung und bleibender massiver Gefährdung verunsichert. Sind Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte besonders gefährdet? Anfang März hat ein Gespräch der BILD-Zeitung mit dem RKI-Präsidenten Wieler, in dem es um einen hohen Anteil von Menschen „mit Migrationshintergrund“ bei den Corona-Intensivpatienten ging, viele Reaktionen ausgelöst, unter anderem auch eine „Richtigstellung“ von Seiten des RKI.

Jenseits der Vorurteile über Parallelgesellschaften, die in diesem Bericht deutlich wurden, kann festgehalten werden: Es gibt viele Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte, die von der Corona-Krise sowohl gesundheitlich als auch sozial besonders betroffen sind. Darauf hat der Bundesverband Netzwerke von Migrant*innen-Organisationen (BV NeMO)

mit seinen 20 lokalen Verbänden in einem bundesweiten Aktionstag am 26. Februar 2021 nachdrücklich hingewiesen (www.bv-nemo.de).

Seinen Grund hat dies in durchaus weit verbreiteten sozialen Benachteiligungslagen, z.B. durch beengte Wohnverhältnisse, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Ungleichheiten bei der Bildung... Als Konsequenz wird ein Masterplan gefordert: Solidarisch aus der Corona-Krise, bundesweit, in den Ländern und vor allem auch in jeder Stadt und in jedem Kreis.

Das ist eine Perspektive auf die Zukunft, die jetzt beginnt. Aktuell aber gibt es einen großen Orientierungsbedarf, der rasch eine Antwort finden muss. Und dies geht nicht ohne Migrant*innen-Organisationen, die nahe bei den Menschen sind. Viele Migrant*innen-Organisationen sind in der Corona-Krise nicht untätig geblieben, sondern haben unterstützt, wo sie konnten. So z.B. die ehrenamtlich Aktiven aus dem Projekt samo.fa (Stärkung von Aktiven aus Migrant*innen-Organisationen in der Flüchtlingsarbeit) des BV NeMO, die auch in der Corona-Zeit viele Wege gesucht und gefunden haben, mit den Menschen mit Fluchtgeschichte in Kontakt zu

bleiben und sie zu unterstützen.

Diese Aktiven aus der tagtäglichen Praxis sagen: **Es braucht eine erneute starke Orientierungskampagne**, für die gesondert Mittel bereitzustellen wären. Denn sie muss in die Breite gehen und vor allem bei jenen ankommen, die erst seit kürzerer Zeit in Deutschland sind oder aus anderen Gründen Schwierigkeiten haben sich zurechtzufinden. Zuweilen ist die Informationslage so chaotisch, dass auch Menschen, die schon lange oder immer hier leben, größte Schwierigkeiten haben durchzublicken.

Oftmals ist eine subjektive Distanz zum Gesundheitswesen anzutreffen, was auch Ärzte einschließen kann; hinzukommt, dass durch den Lockdown der Zugang zu ihm erschwert ist. Die Vorstellung, unter Corona-Bedingungen in ein Krankenhaus zu müssen, löst vermutlich erhebliche Ängste aus. Viele Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte erleben und erleben in ihren Verwandtschaften, die sich oftmals über mehrere Länder erstrecken, schwere Corona-Erkrankungen und Todesfälle. Reaktionen darauf können auf einer Bandbreite zwischen erhöhter Vorsicht und Achtsamkeit, Misstrauen

oder Vertrauen in das deutsche Gesundheitssystem bis zu Schicksalsergebenheit und Gleichgültigkeit variieren.

Berücksichtigt werden muss auch, dass – aufgrund von Sprache und kulturellen Bezügen – auf verschiedenste Nachrichten-Quellen zurückgegriffen wird, die z.T. Fehlinformationen oder problematische Verhaltenshinweise enthalten oder jedenfalls der realen Situation nicht angemessen sind. Die vielfach anzutreffenden Lebenssituationen mit beengtem Wohnraum, geringem Einkommen und familiären Überlastungen im Lockdown machen die Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln im Alltag ohnehin nicht einfach; demgegenüber bedarf es immer wieder neuer Impulse einer gemeinsamen Kultur der Achtsamkeit.

Die ehrenamtlich Aktiven und ihre Organisationen wissen, wovon sie reden, wenn sie einen erneuten massiven, mit zusätzlichen Ressourcen ausgestatteten Impuls zur Corona-Orientierung für notwendig halten, und zwar sofort und zwar auch als eine Verstärker-Aktion **aus der Mitte von Migrant*innen-Organisationen** heraus.

VMDO-Vorstand

EDITORIAL

VMDO

Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Das Covid 19-Virus hat keine Nationalität

Liebe Leserin, lieber Leser,

RKI-Präsident Wieler machte in der BILD-Zeitung Äußerungen über einen hohen Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte unter den Corona-Intensivpatienten zur Schlagzeile. Statt der Frage nachzugehen, ob eine mögliche höhere Betroffenheit von Covid-19-Erkrankungen mit sozialer Lage, wie z.B. beengten Wohnverhältnissen und Armut und dem Zwang zur außerhäuslichen Arbeit unter problematischen Arbeitsbedingungen zusammenhängen könnte, wird das übliche Vorurteil von Parallelgesellschaften bemüht.

Die sehr ungleiche Betroffenheit von den sozialen Folgen der Pandemie, das ist nun aber genau die Botschaft der Studie, die kurz danach vom Statistischen Bundesamt vorgelegt wurde. Wir als Aktive in Migrant*innen-Organisationen, die wir uns mit großem Einsatz in dieser Gesellschaft engagieren, lesen dies und denken: Wir haben mit unseren Befürchtungen Recht gehabt. Die Corona-Krise bedeutet: Hohe gesundheitliche und soziale Risiken. Unsere Befürchtung ist: Es besteht die Gefahr einer Verschärfung sozialer Benachteiligungen, aber auch eines sich verstärkenden Rassismus, in der Krise und als Folge der Krise. Wenn dies geschieht, werden Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte davon erheblich betroffen sein.

Am 26. Februar haben wir mit weiteren Verbänden unter dem Dach unseres Bundesverbandes NeMO in einem bundesweiten Aktionstag in mehr als 20 Städten erneut Alarm geschlagen: „Die Corona-Krise macht ungleicher - die Corona-Krise schadet unseren Kindern, macht ärmer, zerstört Jobs, macht noch kränker, macht Wohnungen noch enger, benach-

teiligt Frauen, grenzt aus, macht Flüchtlingsunterkünfte noch unwürdiger...“. Am Ende stand und steht die Forderung nach einem Masterplan gegen die sozialen Folgen der Corona-Krise.

Es ist nicht befriedigend, in diesen Fragen Recht behalten zu haben, sondern es ist beschämend und macht zornig. Unser Vorschlag war und ist: Es gibt viele Migrant*innen-Organisationen, die nahe bei den Menschen sind, ohne Ansehen von Herkunft und Religion: bezieht uns ein, hört auf unseren Rat. Wenig ist in dieser Hinsicht in der Zwischenzeit geschehen. Das gilt für die Corona-Krise wie für den Anti-Rassismus. Die Hoffnung war, dass die durch die terroristischen Taten in Hanau ausgelöste Initiative der Bundesregierung zu raschen Ergebnissen führt. Aber unsere Forderung, z.B. nach einem antirassistischen Sofortprogramm, wurde mit einem unendlich langen Maßnahmenkatalog beantwortet, dessen Umsetzung noch aussteht.

In der weiterhin akuten Corona-Krise gibt es also Handlungsbedarf mit Blick auf die sozialen Folgen, aber es gibt auch akuten Handlungsbedarf: die einsetzende Öffnungsdiskussion kann erhebliche Irritationen auslösen und mit dem Einstieg in die Phase des Impfens und Testens entsteht ein erneuter und akuter Orientierungsbedarf. Eine verstärkende Aktion unter starker Beteiligung der Migrant*innen-Organisationen, die nahe bei den Menschen sind, wäre dringend geboten. Das möchten wir hier in Dortmund realisieren und stellen uns zur Verfügung. In dieser Ausgabe finden Sie einige spannende Texte, die die Auswirkungen der Corona-Krise aus unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Perspektiven betrachten. Wir hoffen, dass diese auf ein großes Interesse stoßen. Eine spannende Lektüre.

In diesem Sinne
Der Vorstand des VMDO

Prof. Dr. Ahmet Toprak

Partizipation und Zugehörigkeit – zwei zentrale Aspekte der Integration

Am 09.03.2021 fand der 13. Integrationsgipfel unter der Leitung von Angela Merkel, passend zur Coronapandemie, digital statt. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die in der Integrationsarbeit tätig sind, haben sich mit der Regierung ausgetauscht. Die Bundesregierung zitiert die Kanzlerin auf ihrer Homepage nach dem Gipfel folgendermaßen: „Teilhabe ist für die Bundeskanzlerin wesentlich für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Gegenseitiger Respekt und Zugehörigkeit seien dafür unabdingbar. Daher müsse die Integration systematisch gefördert und vorangebracht werden...“

Was aber bedeutet in diesem Zusammenhang der hoch umstrittene und emotional aufgeladene Begriff Integration? Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge definiert Integration folgendermaßen: „Integration ist ein langfristiger Prozess. Sein Ziel ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Zugewanderten soll eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. Sie stehen dafür in der Pflicht, Deutsch zu lernen sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen.“

Zwei zentrale Begriffe der Integration „Teilhabe (Partizipation)“ und „Zugehörigkeit“ werden von der Kanzlerin erwähnt, die zwar von zentraler Bedeutung sind, aber nicht immer umgesetzt werden (können). Diese werden ich anhand des wissenschaftlichen Integrationskonzepts erläutern. Wissenschaftlich lässt sich Integration nach dem Soziologen Hartmut Esser in den folgenden vier Teilbereiche systematisieren und erweist sich als langwieriger und komplexer Prozess, wie auch die Bundesregierung annimmt.

Kulturelle Integration: Sprache und soziale Werte

Grundlegend für eine erfolgreiche Integration, Teilhabe und Berufslaufbahn sind vor allem gute Sprachkompetenzen. Die Sprachkompetenzen der bereits länger hier lebenden Migrantinnen und Migranten, vor allem aber die Älteren sind häufig eingeschränkt. Selbst in der dritten Generation sind die Sprachkenntnisse in einigen migrantischen Milieus erstaunlich gering. Dem interkulturellen Bildungsforscher Hans-Joachim Roth zufolge fällt das Erlernen der deutschen Sprache besonders schwer, wenn man sie nicht früh



Prof. Dr. Ahmet Toprak
Foto: www.fh-dortmund.de

als zweite Muttersprache erlernt oder wenn man die eigene Muttersprache nicht gut beherrscht. Im Umkehrschluss heißt das, dass Migranten, die ihre Muttersprache gut beherrschen, auch schneller eine andere Sprache – in diesem Falle Deutsch – erlernen können. Es fällt beispielsweise auf, dass Geflüchtete aus Syrien mit hohem Bildungsniveau auch sehr zügig die deutsche Sprache beherrschen, im Studium vorankommen und einen BA-Abschluss erlangen.

Zusätzlich beeinflusst wird der Grad der Sprachkompetenz durch die soziale Umgebung. Segregation von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Stadtteilen und Separation von Geflüchteten durch Sammelunterkünfte verstärken sprachliche Defizite weiter. Die Tatsache, dass der Alltag im jeweiligen Stadtteil oder der jeweiligen Unterkunft mit mäßigen Deutschkenntnissen problemlos bewältigt werden kann, senkt die Motivation, die deutschen Sprachkompetenzen zu verbessern.

Eines der entscheidenden Merkmale und der Schlüssel zur kulturellen Integration ist und bleibt der Erwerb der deutschen Sprache. Die Beherrschung der Sprache trägt nicht nur dazu bei, dass der Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt leichter fällt, sondern auch die Adaption der sozialen Werte und die Teilhabe im gesellschaftlichen Leben gut gelingt. Dadurch sind die Menschen in der Lage, Werte und Normen der Mehrheitsgesellschaft besser zu verstehen und in ihren Alltag zu integrieren. Vor allem die Konzentration der Migrantinnen und Migranten in bestimmten Stadtteilen verstärkt nicht nur die sprachlichen Defizite, sondern verhindert die soziale Teilhabe und Durchmischung.

Strukturelle Integration: Arbeitsmarkt und Bildungssystem

Erwerbstätigkeit ist zweifelsfrei

eine der wichtigsten Dimensionen im Leben eines Menschen. Nur durch einen Arbeitsplatz kann ein Mensch gewährleisten, dass er über ökonomisches Kapital verfügt, das den materiellen Ausgangspunkt für Flexibilität und Selbstbestimmtheit schafft. Dabei ist ein Arbeitsplatz aber auch der notwendigste Aspekt der Sozialintegration. Über seinen Beruf kann ein Mensch Anerkennung und einen sozialen Status erlangen und Selbstwertgefühl entwickeln. Man darf auch die Tatsache nicht unterschätzen, dass im Erwachsenenalter der

berufliche Kontext eine wichtige Rolle beim Knüpfen und Aufrechterhalten sozialer Kontakte spielt.

Die berufliche Integration der Migrantinnen und Migranten gelingt aber nicht überall zufriedenstellend. Als Gründe hierfür werden auf der einen Seite Diskriminierungseffekte und Rassismus angeführt, beispielsweise im Bewerbungsverfahren für einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, auf der anderen Seite aber auch die fehlenden formalen schulischen Voraussetzungen. Geflüchtete begegnen diesem Problem in besonders drastischer Weise, da ihnen der legale Weg in den Arbeitsmarkt zunächst verwehrt bleibt.

Soziale Integration: Netzwerke, Freundschaften, Partnerschaft

Die soziale Integration bezeichnet den Umfang sozialer Kontakte der Zuwanderer zu Einheimischen. Ob also Partnerschaften, Eheschließungen, Freundschaften und das soziale Netzwerk ausschließlich innerhalb des jeweiligen ethnischen oder religiösen Milieus oder auch interkulturell und interreligiös bestehen. Diese Form der Integration ist deshalb bedeutsam, weil soziale Kontakte als soziales Kapital dienen: Beispielsweise als Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, als Hilfe bei der sprachlichen Lernentwicklung (auch der Kinder) und bei der Etablierung neuer sozialer Normen und Werte. Dieser Bereich ist politisch nur schwer zu beeinflussen, denn die erfolgreiche soziale Integration hängt vor allem von der individuellen Einstellung ab.

Der Beauftragten der Bundesregierung für Integration zufolge bevorzugen 80 Prozent der Migranten bei der Wahl des Wohnortes Städte, die mindestens 100.000 Einwohner haben. Die Daten der Bundesregierung zeigen auch, dass die großen Ballungszentren in den alten Bundesländern einen mehr als

doppelt so hohen Migrantenanteil aufweisen wie die ländlichen Räume. Der Anteil der Migranten ist in den Städten also am höchsten und konzentriert sich dort wiederum auf bestimmte Stadtteile. Die gemeintem Stadtviertel haben oft einen niedrigeren Sozialstatus und sind für die deutsche Bevölkerungsgruppe häufig unattraktiv. Dem liegt eine besondere Eigendynamik zugrunde: Wohlhabende verlassen die betroffenen Wohngebiete und die Mietpreise sinken, dadurch kommen immer mehr einkommensschwache Bewohner und Migrantenfamilien hinzu, wie z. B. in Duisburg Marxloh oder in der Dortmunder Nordstadt.

Emotionale Integration: Identität(en) und das Gefühl der Zugehörigkeit

Die drei genannten Bereiche der Integration werden im vierten Schritt der Integration vereint: der emotionalen Integration. Sie ist nicht direkt beeinflussbar, sondern wird davon bestimmt, inwieweit man sich mit Deutschland oder mit seinem Wohnort identifiziert. Die emotionale Integration ist gewissermaßen die Krönung: Sie ist komplex, beruht auf Subjektivität und ist nicht mit Rationalität erklärbar, sie entwickelt sich langfristig und ist auch von äußeren Einflussfaktoren abhängig. Vor allem steht sie in Bezug dazu, wie Migrantinnen und Migranten von der Mehrheitsgesellschaft, beispielsweise Politik, Zivilgesellschaft, Medien, aufgenommen werden. Es leuchtet ein, dass sich ein gut gebildeter Mensch, der perfekt Deutsch spricht, einen Arbeitsplatz hat und viele oder intensive soziale Beziehungen zu Deutschen pflegt, eher mit Deutschland identifizieren kann. Die Möglichkeit, sich mit Deutschland zu identifizieren, hängt aber eben auch mit der Mehrheitsgesellschaft zusammen.

Wenn die Kanzlerin, wie eingangs erwähnt, die zwei zentralen Aspekte der Integration „Partizipation“ und „Zugehörigkeit“ in den Mittelpunkt stellt, müssen auch die Bedingungen der Partizipation vorhanden sein: Keine Benachteiligung zum Zugang zur Bildung, Arbeit, Wohnungsmarkt etc. Das Gefühl der Zugehörigkeit kann zwar nicht erzwungen werden, aber wenn die Benachteiligungen zu Ressourcen verhindert werden und der Alltagsrassismus aufhört, werden auch viele Menschen mit Migrationshintergrund sich mit Deutschland identifizieren und sich zugehörig fühlen.

IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V.
(Mitglied im Paritätischen)

Vedat Akkaya, Hansgeorg Schmidt

DER PARITÄTISCHE

Layout, Design: J.A.

„ECHO“ wird unterstützt von:

Kommunales Integrationszentrum Dortmund

Anzeigenservice: Vedat Akkaya,
Hansgeorg Schmidt
anzeige@echo-vielfalt.de

Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Tel.: +49 231 / 28678241
Fax: +49 231 / 28678166

Vertrieb: Eigenvertrieb
Auflage: 5.000

Druck: Lensing Druck, Dortmund

eMail: info@echo-vielfalt.de
http://www.echo-vielfalt.de
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden. Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.
Herausgegeben Vorstand des VMDO e.V..

Redaktion: Dr. Ümit Koşan,
Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff,

Integrationsratsvorsitzender im Haus der Vielfalt

Der Vorsitzende des Integrationsrats der Stadt Dortmund, Marzouk Chargui, besuchte Ende März das Haus der Vielfalt und stellte zusammen mit dem Vertreter des VMDO im Integrationsrat, Numan Morshed, seine Ansätze und Pläne zur Unterstützung der Dortmunder Bürger mit Migrationshintergrund vor und machte klar, dass er eine engere Zusammenarbeit mit den migrantischen Organisationen und Vereinen anstrebt.

Dr. Omar Al Ghawi, Kalainithy

Shabesan und Vedat Akkaya vom Vorstand des VMDO gaben zusammen mit Jeyakumar Kumarasamy vom Tamilischen Kulturverein einen Überblick über die Aktivitäten des VMDO und der Gemeinden. Auch sie möchten die Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat verstärken.

Dieser Besuch ist ein Signal für eine neue fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat der Stadt Dortmund.



Marzouk Chargui (2.v.r.) mit VMDO-Vertretern im Haus der Vielfalt

Foto: ECHO

Flüchtlingslager in Kara Tepe-Moria 2.0?



Das Flüchtlingslager in Moria auf der griechischen Insel Lesbos brannte im letzten Jahr im September ab. Die Zustände dort waren erschreckend: völlig überfüllte Zelte und unmenschliche Zustände. Von Hygiene konnte nicht die Rede sein. Die Menschen dort verloren ihre Unterkunft und mussten in einem provisorischen Lager in Kara Tepe auf Lesbos untergebracht werden. Insgesamt sind immer noch 17.000 Geflüchtete auf der Insel. Es befindet sich zur mehr als 8.000 Geflüchtete in Kara Tepe.

Es handelt sich bei dem Platz um einen ehemaligen Schießplatz, wodurch das Gelände möglicherweise von Schwermetallen verseucht sein könnte.

Von der EU-Kommission hieß es damals, es werde keine weiteren Morias mehr geben. Sie versprochen Geflüchtete unter menschenwürdigen Bedingungen leben zu lassen. Die Ankündigungen, die Zelte endlich winterfest

zu machen, blieben jedoch leere Worte.

Die Umstände heute sprechen für sich. Die Geflüchteten in Kara Tepe haben regelmäßig keinen Strom, müssen bei Minusgraden überleben und die EU schaut tatenlos zu. Erst nach drei Monaten wurden Duschen installiert, wobei nur einmal in der Woche geduscht werden darf. Die Zelte stehen bis oben im Matsch. Die Feuchtigkeit und die Kälte machen das Leben dort unmöglich. Vor Angst zu erfrieren, stellten die Menschen Heizöfen in die Zelte. Aufgrund der engen räumlichen Möglichkeiten kam es auch zu einem kleineren Brand.

Eine Kinderpsychologin der Ärzte ohne Grenzen betreut 2600 Kinder im Camp und berichtete erschreckendes. Aufgrund der Traumata in Moria fingen viele Kinder an zu schlafwandeln. Sie finden keine Ruhe mehr, berichtete die Psychologin. Zudem haben die Kinder dort keine Schule und auch keinerlei Spielmöglichkeiten. Die Auswirkungen seien, dass die Kinder sich in sich kehren, nicht mehr rausgehen und aufhören zu sprechen. Die Kinder haben Panikattacken, Wutausbrüche, schlagen mit dem Kopf gegen die Wände oder reißen sich die Haare raus. 2020 wurden 50 Suizidversuche von Kindern im Lager registriert. Dieses Jahr versuchten 3 weitere Kinder sich das Leben zu nehmen. Dabei handelt es sich um Kinder



Alltagsszene in Moria (2020), ©wikipedia.org

zwischen 8 und 10 Jahren. Die Psychologin betonte, dass sie innerhalb ihrer fünfjährigen Arbeit in den Flüchtlingslagern keinerlei Fortschritte sehen konnte und insbesondere die EU keine Anstalt machte zu handeln. „Und wir wissen, dass das, was hier passiert, jedem einzelnen Verantwortlichen bekannt ist.“, sagte sie in einem Interview.

Aber nicht nur dort sieht es so aus. Ende 2020 flüchteten 9.000 Menschen nach Bosnien und versuchten so nach Kroatien zu gelangen, in die EU. Die kroatische

Polizei ging brutal gegen diese Menschen vor. Am 23. Dezember brannte auch das Camp Lipa ab. Tausende Geflüchtete mussten in den Wäldern und verlassen Gebäuden unterkommen. Freiwillige Helfer/innen berichteten zudem von ihren Beobachtungen und äußerten sich kritisch bezüglich der von der EU genehmigten Gelder. Es sei nicht ersichtlich, wo das Geld hingeflossen sei.

Die Aufnahme der Geflüchteten lehnte der deutsche Staat ab und tat sich damit ab auf eine europäische Lösung hinzuarbeiten. Ist

das die europäische Lösung, von der sie sprechen? Deutschland hat 2019 fast doppelt so viele Genehmigungen für Rüstungsexporte zugelassen als 2018. Das ist Rekordhoch. Es handelt sich um über 8 Milliarden €, welche für die Kriege vorgesehen sind, vor denen diese Menschen fliehen müssen. 2020 will Deutschland der NATO voraussichtlich 50 Milliarden € zur Verfügung stellen. Damit liegt eine Steigerung von 6,4% vor.

Die weltweite Flucht von Menschen aus ihren Heimatländern

wird in der Zukunft noch aktueller und größer werden. Die Flucht dieser Menschen wird es so lange geben, wie es die Ursachen für Flucht geben wird. Wenn in Ländern, wie z.B. Bangladesch oder Indien, die Textilarbeiter*innen am Tag noch weniger als einen Euro verdienen und diese hören für wie viel Geld bspw. ein Hemd, welches sie produziert haben verkauft wird, werden sie das mit ihrem eigenen Verdienst vergleichen und daraus schließen, welcher riesiger Unterschied dort vorliegt. Diese Menschen sehnen sich dann danach zum Beispiel nach Europa auszuwandern, in der Hoffnung ein vermeintlich besseres Leben führen zu können. Aber dies ist nur einer der Gründe, warum diese Menschen in ein vermeintlich besseres Leben flüchten wollen. Wenn wir uns die Welt anschauen, gibt es mehr als nur einen Krieg und mehr als nur eine Diktatur, in denen Menschen leben müssen und diese immer wieder zur Flucht zwingen.

Deswegen ist es von Wichtigkeit, dass Gewerkschaften oder demokratische Organisationen und Parteien in jedem Land für Gleichheit und Freiheit aller Menschen kämpfen. Wenn Gleichheit geschaffen wird und im Umkehrschluss die Ursachen der Flucht beseitigt werden, könnte dies möglicherweise die Zahl von Flüchtlingen verringern.

Karanfil e.V.

„... dass der Antiziganismus in den Mitgliedstaaten effektiv bekämpft werden muss“

ECHO der Vielfalt im Gespräch mit Romeo Franz, Sinto und Mitglied im Europäischen Parlament (DIE GRÜNEN)

Frage: Als Sinto und Mitglied im Europäischen Parlament machst Du vehement auf die schwierige Lage der Menschen aus den Romno-Minderheiten aufmerksam. Und dann kam Corona... Wie sieht es aktuell aus? Was muss getan werden?



Romeo Franz,
Quelle: www.facebook.com/RomeoFranz/

Romeo Franz: Die Lage der Menschen mit Romno-Hintergrund hat sich leider in den letzten Jahrzehnten trotz des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma nicht verbessert. Unabhängig von der aktuellen Pandemie sind Menschen mit Romno-Hintergrund bereits beim Zugang zu angemessenem Wohnraum, zu Bildung, Arbeit und von den Gesundheits- und Sozialdiensten massiv benachteiligt.

Dies hat viele Gründe, aber zu den Hauptursachen zählen 1) der weit verwurzelte Antiziganismus in den Mehrheitsgesellschaften, also die spezifische Form des Rassismus gegenüber Menschen mit Romno-Hintergrund, 2) der prinzipiell paternalistische Ansatz der EU-Maßnahmen, der die Betroffenen nicht aktiv und gleichberechtigt einbezieht und 3) die Freiwilligkeit der Strategien, die die Mitgliedstaaten nicht verpflichten, Aktionspläne für diese Minderheit effektiv umzusetzen. Leider ist auch die vorherrschende Korruption in manchen Mitgliedsländern derart ausgeprägt, dass die Mittel nicht dort ankommen, wo sie dringend gebraucht werden.

Der Ausbruch der COVID-19 Pandemie hat die Lage der Menschen mit Romno Hintergrund noch verschlechtert. Die meisten der geschätzten 12 Millionen Roma

Aber unabhängig von der Pandemie, die wie unter einem Brennglas die dramatische Situation der Menschen mit Romno-Hintergrund nur noch stärker ersichtlich macht, müssen die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten anerkennen, dass dieser Rassismus und Antiziganismus als strukturelle Menschenrechtsverletzungen in Europa nicht mehr ignoriert werden kann.

Frage: Vor einiger Zeit bei einem Besuch in Duisburg hast Du klare Worte gesprochen: Die Roma werden in Duisburg bleiben! Worum ging es?

Romeo Franz: Als ich im April 2019 in Duisburg war, fand ich eine sehr aufgeheizte Stimmung vor. Damals wurden über 150 Menschen aus ihren Wohnungen in Duisburg-Marxloh vertrieben, mit der Begründung, dass der Brandschutz in den Häusern nicht gewährleistet sei. In den betroffenen Gebäuden lebten überwiegend Zugewanderte aus Südosteuropa.

Hinter der ganzen Aktion - so habe ich im Anschluss nach einer investigativen Recherche erfahren - steckten auch klare Wirtschaftsinteressen eines Immobilienunternehmens. Das zeigt auch wieder, wie auf dem Rücken der Verwundbarsten unserer Gesellschaft, auch noch Geschäfte betrieben werden und dass gerade diese Menschen, wegen ihrer Herkunft und ihrer prekären Lage, besonders gefährdet sind.

Die Stadt Duisburg und der Oberbürgermeister mussten nach meiner Anfrage Stellung beziehen. Wir sind dadurch in einen Dialog gekommen und ich habe verschiedene Maßnahmen empfohlen, um

vor allem die aufgeheizte Stimmung zu beruhigen, die zwischen den Bewohnern der Häuser und den anderen Bewohner*innen des Bezirks herrschte. Dazu gehörten auch Sensibilisierungsmaßnahmen und Mediationsmaßnahmen, die schließlich zu meinem Bedauern nur wenig Resonanz erhalten haben. Daran muss die Stadt Duisburg meines Erachtens arbeiten. Es muss in aller Interesse sein, dass alle Menschen friedlich dort wohnen können.

Frage: Was rätst Du den Städten: Wie sollen sie mit der Einwanderung aus Südosteuropa umgehen?

Romeo Franz: Die Stadtverwaltung sollte sich insgesamt mit dem Thema Struktureller Rassismus und Diskriminierung stellen und aktiv innerhalb der Verwaltung Sensibilisierung der Mitarbeiter ernstnehmen und auch verbindlich umsetzen. Unerlässlich ist:

- Rassismus und Diskriminierung auf allen Ebenen zu bekämpfen,
- sich von paternalistischen Ansätzen zu verabschieden, die betroffenen Gruppen auf Augenhöhe und gleichberechtigt von Beginn an in die Analyse, die Lösungskonzeption und Ausführung einzubeziehen,
- auch ein adäquates Budget dazu bereitzustellen,
- die Selbstorganisationen der betroffenen Gruppen von Anfang an zu erkennen und zu beteiligen,



- ein paritätisch besetztes Gremium zu installieren, welches sich reflektiert mit der Problematik und den Bedarfen einsetzt.

Das Programm "ReFIT- regionale Förderung, Inklusion und Teilhabe", welches als Best-Practice-Beispiel aus Baden-Württemberg in einigen Städten mit der ähnlichen Problematik erfolgreich eingesetzt wird, kann Anregungen liefern.

Frage: Manche, die Dich tatkräftig vor Ort erlebt haben, könnten meinen: der hat sich nach Europa aus dem Staub gemacht. Warum ist es aus Deiner Sicht wichtig, im Europäischen Parlament zu arbeiten? Welche „dicken Bretter“ müssen gebohrt werden? Bist Du sicher, hast Du Hoffnung, dass Du etwas erreichst?

Romeo Franz: Ich bin weiterhin tatkräftig auch vor Ort engagiert. Es ist wichtig zu verstehen, dass ich den Bezug zu meinen Leuten, zu meinen Wählerinnen und Wählern weiterhin brauche, um auf der Europäischen Ebene etwas bewirken zu können; da gibt es keine Trennung!

Ganz im Gegenteil: Das, was ich im Europäischen Parlament versuche zu bewirken, soll der Lebenssituati-

on der Menschen hier vor Ort und in allen Mitgliedstaaten zu Gute kommen. Daher sind Gesetze, die wir im Europaparlament verabschieden, wesentlich für alle Menschen in der EU. Aus diesem Grunde wollte ich genau dort Einfluss nehmen, wo diese Gesetze entwickelt und verabschiedet werden.

In diesem Zusammenhang habe ich im September letzten Jahres im Europäischen Parlament eine Entschließung eingebracht, in der ich die gleichberechtigte Teilhabe unserer Minderheit fordere und vor allem, dass der Antiziganismus in den Mitgliedstaaten effektiv bekämpft werden muss und zwar rechtsverbindlich! Dies ist der entscheidende Antrieb meiner politischen Arbeit, dass wir rechtsverbindliche Regelungen auf der europäischen Ebene schaffen, die ihre konkrete Umsetzung auf der Ebene der Mitgliedstaaten finden. Denn Empfehlungen oder Maßnahmen auf freiwilliger Basis funktionieren nicht. Auch in Deutschland ist dies leider der Fall: es gibt keine Aktionspläne zur Inklusion und zur Verbesserung der Situation der Menschen mit Romno-Hintergrund, denn die Bundesregierung sieht keinen Bedarf und wird auch nicht in die Pflicht gerufen. Das möchte ich ändern.

Auch wenn es viel Arbeit ist und „dicke Bretter“ werden müssen, bin ich optimistisch. Eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten im Parlament hat meiner Resolution zugestimmt, was mir bestätigt hat, dass auch die Mehrheit einen Handlungsbedarf für die Verbesserung der Situation der Menschen mit Romno-Hintergrund sieht. Das macht mir Mut.

WK

„lokal willkommen“ nun auch in der Nordstadt

Dortmunder Integrationsnetzwerk eröffnet siebtes Büro

Das Dortmunder Integrationsnetzwerk „lokal willkommen“ eröffnet das siebte und somit letzte Bezirksbüro als Anlaufstelle für Flüchtlinge - Standort ist die Brunnenstraße 25, im Herzen der Nordstadt. Damit ist „lokal willkommen“ nun im gesamten Stadtgebiet präsent.

Los ging es im Oktober 2016 mit der Eröffnung des ersten „lokal willkommen“-Standorts im Brackel/Aplerbeck. Nach einer sehr erfolgreichen Pilotphase kamen nach und nach weitere Standorte in und für Hörde/Hombruch, Mengede/Huckarde, Eving/Scharnhorst, Lütgendortmund und die Innenstadt West und Ost dazu.

In der Nordstadt ist „Der Paritätische Dortmund“, vertreten durch VMDO e.V., der Kooperationspartner der Stadt Dortmund.

„Wir freuen uns sehr, dass „lokal willkommen“ im Stadtbezirk Innenstadt-Nord die Arbeit aufnehmen kann“, sagt Tülin Tolutas, Vorstandsvorsitzende des VMDO e.V. „Mit dem Büro in der Innenstadt-Nord ist „lokal willkommen“ nun in allen Dortmunder Stadtbezirken vertreten und kann den neuzugewanderten Menschen wohnortnah mit Rat und Tat zur Seite stehen“, so Sozialdezernentin Birgit Zoerner. „lokal willkommen, bietet dabei sowohl den neuzugewanderten Menschen als auch der alteingesessenen Bevölkerung einen wohnortnahen und niedrigschwelligen Anlaufpunkt und ist



Das Team von "lokal willkommen" vor dem Standort Brunnenstr. 25
Foto: Stadt Dortmund

gleichzeitig eine Anlaufstelle für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Dortmund ist beim Thema ‚Integration‘ einen weiteren Schritt in die richtige Richtung gegangen.“

Im Stadtbezirksbüro arbeiten fünf hauptamtliche Mitarbeiter*innen, welche den Flüchtlingen, Anwohner*innen und allen Interessierten bei allen Fragen rund um Integration zur Seite stehen werden. Daniela Engel, Haifaa Abdulaziz, Ulrike Podhajsky, Dilek Yildiz und Ahmad Kamalmaz freuen sich zu den bekannten Öffnungszeiten und nach Terminvereinbarung auf zahlreiche Besucher*innen. Sie werden mit verschiedensten Akteuren der Flüchtlingshilfe zusammenarbeiten und weitere Netzwerke knüpfen. Darüberhinaus stehen am Standort

fünf „Kompetenzpartner*innen“ dem Stadtbezirksbüro zur Seite: Der Planerladen e.V., die Stadtteilschule Dortmund e.V., das Soziale Zentrum Dortmund e.V., die Grünbau gGmbH und der Train of Hope e.V. werden in Zusammenarbeit mit dem Team vor Ort die bestehenden, vielschichtigen Aufgaben meistern.

INFO

„lokal willkommen“
Brunnenstraße 25
44145 Dortmund

Telefon:
0231/ 50-111 82/84/85/86/87

Mail:
lokalwillkommen.IN@stadtdo.de

Sprechzeiten:
Montag und Freitag 09:00-12:00
Dienstag 13:00-16:00
Donnerstag 14:00-17:00
Mittwoch geschlossen

Neue Flüchtlingsberaterin im Haus der Vielfalt



Sabine Kemler
Foto: J. Abolnikov

Der VMDO e.V. freut sich, eine neue Kollegin in der Flüchtlingsberatungsstelle begrüßen zu können: Seit Januar 2021 ist Sabine Kemler Teil unseres Teams – ein schöner Anlass, sie hier vorzustellen.

Erfahrungen in der Arbeit mit und für geflüchtete Menschen konnte Sabine in unterschiedlichen Kontexten sammeln. So war sie bereits neben ihrem Studium als pädagogische Nachtbereitschaft in einer Notunterkunft und später im psychosozialen Zentrum Refugio tätig. Zuletzt beriet sie Geflüchtete und Menschen mit Duldung bei der GGUA Flüchtlingshilfe in Münster. Dabei liegt ihr stets am Herzen, die individuelle Person, ihre Geschichte, Interessen und Befürchtungen kennenzulernen,

um gemeinsam zu schauen, welche Möglichkeiten innerhalb des eng gesteckten rechtlichen Rahmens noch bleiben. Ihre Arbeit sieht sie als Einsatz für die Menschenrechte. Zu sehen, dass die Menschen, die ihre Beratung suchen, ihre Rechte wahrnehmen und so ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, ist für Sabine die größte Motivation.

Jetzt ist Sabine neu in Dortmund und immer montags bis donnerstags im Haus der Vielfalt für Ratsuchende erreichbar. Besonders für Menschen mit Aufenthaltsge-stattung oder Duldung ist sie die richtige Ansprechpartnerin. Auch Menschen, die in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität leben, können sich an sie wenden. Für bereits anerkannte Flüchtlinge bietet die Beratungsstelle Unterstützung z.B. bei Asylanträgen für nachgeborene Kinder, Widerrufsverfahren oder Folgeanträgen. Die Flüchtlingsberatungsstelle gibt Hilfestellung und Beratung zu allen Fragen rund um das Asylverfahren und Aufenthaltsrecht. Typische Beratungsanfragen sind schriftliche Asylanträge, die Vorbereitung auf die Anhörung beim BAMF oder Unterstützung beim Verstehen der Bescheide, aber auch Änderung und Streichung der Wohnsitzauflage, wenn ein Umzug innerhalb Deutschlands zu engen Verwandten oder wegen eines Jobs ansteht oder Fragen

zu den Leistungen, die vom Sozialamt gezahlt werden. Im aufenthaltsrechtlichen Bereich kann es zum Beispiel um einen humanitären Aufenthalt für Menschen, die schon sehr lange mit einer Duldung in Deutschland leben oder für Jugendliche gehen, aber auch um eine Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung. Gemeinsam mit den Ratsuchenden schaut Sabine, welche Voraussetzungen schon erfüllt sind und welche noch fehlen – kurz, welche Möglichkeiten es gibt, um einen Aufenthalt in Deutschland zu sichern und so Integration zu ermöglichen.

Ebenso bietet die Beratungsstelle Unterstützung bei Fragen zu Sozialleistungen und Orientierung in den Bereichen Arbeit, Ausbildung, Wohnen und Unterbringung. Bei diesen Themen und vielen weiteren kann ich auch dabei unterstützen, den Kontakt mit anderen spezialisierten Projekten oder Beratungsstellen aufzunehmen. Sabines Arbeitszeiten sind: Mo & Mi 13.00-18.00, Di & Do 9.00-14.00. Dann ist sie unter 0231 28678242 oder per mail: s.kemler@vmdo.de zu erreichen. Zurzeit findet die Beratung noch immer überwiegend telefonisch statt. Die persönliche Beratung kann nur nach vorheriger Terminvereinbarung angeboten werden.

ECHO

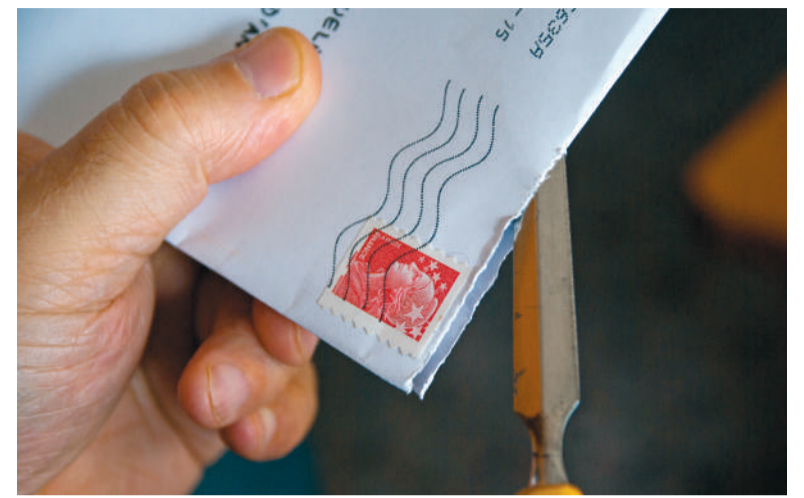
Wohnungslosigkeit: Zugewanderte in Zeiten der Pandemie

Die Folgen der Corona Pandemie breiten sich immer weiter aus. Zugewanderte spüren dies in besonderem Maße. Sprachliche Barrieren, die Nichterreichbarkeit der Ämter und die eingeschränkten Zugänge zu bekannten Institutionen und Anlaufstellen, die die Zugewanderten für gewöhnlich aufgesucht haben, stellen sie vor unüberbrückbare Hürden.

Briefe, die etwa vom Vermieter kommen, werden zudem oft nicht verstanden und daher einfach nicht beachtet bzw. ausgesessen, weil die Betroffenen denken, dass das Amt die Miete ja schon bezahle und alles in Ordnung sei. So kann es passieren, dass ihnen eine Zwangsvollstreckung bevorsteht, weil das Amt oder die Behörde die Miete aufgrund einer Änderung in den Verhältnissen des Leistungsträgers eben nicht mehr direkt an den Vermieter, sondern an den Leistungsträger selbst bezahlt hat und dieser nun selbst dafür sorgen müsste, dass die Miete an den Vermieter überwiesen wird. Durch diese Unwissenheit entstehen oftmals Mietrückstände im vierstelligen Bereich und es droht die Wohnungslosigkeit, was die Betroffenen unter Schock versetzt und sie ratlos macht.

Die Gruppe der Zugewanderten mit einer Duldung treffen solche Situationen besonders hart, weil ihre Situation auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt aufgrund ihres unsicheren Aufenthalts schon unter normalen Umständen sehr schwierig ist. Verlieren sie jedoch unter Pandemiebedingungen Wohnung oder Arbeit sind solche Lebenslagen für sie fast unmöglich zu lösen. Insbesondere für Zugewanderte mit Duldung können unbedachte Handlungen und Fehlentscheidungen schwerwiegende Konsequenzen bis hin zur Abschiebung nach sich ziehen. Fachberatung und adäquate Begleitung etwa bei der Mitwirkung zur Identitätsklärung oder Fragen der Passbeschaffung, zum Beispiel wenn eine Arbeit oder Ausbildung begonnen wird, ist darum unverzichtbar.

Die Zugewanderten konnten vor der Pandemie mit ihren Problemen immer direkt zum zuständigen Amt oder zu einer Beratungsstelle ihres Vertrauens gehen und es wurde ihnen gleich geholfen. Sprachliche Barrieren, hinderten sie schon immer daran telefonisch oder per E-Mail Kontakt aufzunehmen, daher bevorzugten sie die persönliche Vorsprache. In der Pandemie sind



jedoch viele Ämter, Organisationen und Vereine nun ausschließlich über diese Kanäle zu erreichen. Die Konsequenz daraus ist, dass Briefe mit Mahnungen, Vollstreckungen, Korrespondenzen vom Gericht, Anwälten, Vermietern etc. solange ausgesessen werden, bis der Zwangsvollstreckung o. ä. vor der Tür steht. Was durch die frühzeitige Unterstützung durch Beratungsstellen gut abzuwenden gewesen wäre, lässt sich, wenn sich Betroffene an diesem Punkt in ihrer Verzweiflung an Beratungsstellen wenden, nicht mehr verhindern. Es kann nur noch geschaut werden, wo sie Soforthilfen für Unterkunft, Verpflegung etc. erhalten können. Die Spirale der Wohnungslosigkeit nimmt so ihren Lauf und überfordert die Betroffenen immens: Sie hatten sich in einem sicheren Sozialstaat geglaubt und nicht gedacht, jemals wohnungslos zu werden. Sind die Betroffenen noch sehr jung und leben alleine, ist das Ausmaß der Hilflosigkeit häufig hoch bis gar tragisch. Diese Situation ist auch für die Helfenden nicht immer einfach, weil sie darauf vertrauen müssen, dass die empfohlenen Anlaufstellen von den jungen Menschen auch de facto aufgesucht werden. Dies ist nicht immer der Fall, da das Eingeständnis, dass man Hilfe benötigt und die Scham über das Erlebte oder die Erkenntnis darüber, dass man sich selbst in eine solche Situation gebracht hat, ggf. höher ist als der Hilfebedarf.

Auch auf vielen anderen Ebenen sind für Zugewanderte besondere Hindernisse spürbar. Beispielsweise bestehen diese in der Bildungslandschaft, vor allem beim Distanzunterricht, weil dafür ein funktionierendes Medium benötigt wird und diese von den Eltern nicht gestellt werden können. Nicht jeder Haushalt hat einen Laptop oder ein iPad

zur Verfügung. Zwar gibt es Finanzierungsmöglichkeiten für solche Anschaffungen, aber von diesen Möglichkeiten und den Anlaufstellen zur Beantragung solcher Mittel sind betroffene Familien in der Regel nicht informiert. Zudem ist der Bedarf an Nachhilfe in der Pandemie enorm gestiegen und mit hohen Kosten verbunden, die zugewanderte Eltern sich häufig nicht leisten können.

Zugewanderte Frauen sehen sich noch mit weiteren geschlechtsspezifischen Problemen konfrontiert: Oftmals dürfen sie schon durch patriarchalisch geprägte Strukturen nicht immer rausgehen, wann sie möchten. Durch die Pandemie hat sich dies nochmals verstärkt, da die Männer nun einen weiteren Grund haben, ihnen das zu verwehren. Dadurch können Frauen auch nicht mehr das Angebot von Aus- und Fortbildungen wahrnehmen, um sprachliche Barrieren abzubauen und selbständiger zu werden. Stattdessen werden sie abhängiger von ihren Ehemännern und geraten immer mehr in passive Rollen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die sie dringend benötigen, ist nicht mehr möglich.

Es ist außerordentlich wichtig, dass Behörden und Ämter möglichst schnell eine persönliche Vorsprache wieder zulassen, um so die Zugewanderten wieder aufzufangen. Sie dürfen sich nicht dadurch täuschen lassen, dass die Zugänge über E-Mail und Telefon genutzt wurden. Denn, wie in diesem Artikel beschrieben, können längst nicht alle Menschen diese Wege nutzen – mit verheerenden Folgen. Wenn die Türen für persönliche Vorsprachen für immer geschlossen werden, stellen die genannten Beispiele nur die Spitze des Eisbergs dar.

ECHO

Teamunterstützung für das Quartiersmanagement

Erweitertes Team des Quartiersmanagement Westerfild & Bodelschwing geht an den Start!

den Umweltpädagoginnen „die Hirsche“, bestehend aus Andrea

und Sabine Hirsch.

Stadt Dortmund



Teamcollage v. l.: Das Team des Quartiersmanagements besteht aus Juliane Hagen, Christoph Schedler und Katrin Eilinghoff von der Planungsgruppe Stadtbüro, Silke Freudenau vom Diakonischen Werk Dortmund und Lünen gGmbH sowie Andrea Hirsch und Sabine Hirsch als freiberufliche Umweltpädagoginnen. Collage: Stadt Dortmund

Dortmund nach Corona – unsere Stadt neu denken

Am 26.02.2021 fand von 18:00 Uhr – 21:00 Uhr auch in Dortmund der Aktionstag *"Wir Migrant*innen schlagen Alarm – Die Corona-Krise macht ungleicher!"* statt, der bundesweit vom BV NeMO e.V. an mehr als 20 Orten organisiert wurde. Für den VMDO e.V. bildete die Veranstaltung zugleich den Auftakt für die Videokonferenz-Reihe Dortmund nach Corona – unsere Stadt neu denken.

Rund 50 Menschen nahmen an der Konferenz teil, die von Leyla Boran und Arnel Djine moderiert wurde. Begrüßt wurden die Teilnehmer von der Vorstandsvorsitzenden des VMDO, Tülin Dolutas. Prof. Dr. Erol Yildiz (Universität Innsbruck) und Saziye Altundal-Koese, VMDO-Bereichsleiterin Integration und Neuzuwanderung eröffneten den inhaltlichen Teil der Veranstaltung mit Impulsvorträgen. Wie kann eine andere, solidarischere Stadt von morgen aussehen? Wie können die Erfahrungen von Migrant*innenorganisationen zu dieser Entwicklung beitragen?

Im Anschluss gaben fünf Vertreter*innen von Migrant*innen-Organisationen Einblick in ihre Arbeit und schilderten ihre Erfahrungen in der Corona-Pandemie.

Kalainithy Shabesan sprach für den Verein für tamilische Künstler e.V., Ali Abdurahman für den Somalisch-Deutschen Verein e.V., Dr. Gürsel Capanoglu vertrat das Internationale Frauencafé Dortmund e.V., Dr. Omar Al Ghawi berichtete von der Palästinensischen Gemeinde zu Dortmund e.V. und Cesaire Sietatohom Fondjo von dem Verein Kamerunischer Ingenieure und Informatiker Ruhrbezirk e.V. Deutlich wurde hier insbesondere, dass Migrant*innen-Organisationen auch in der Pandemie ihr Engagement fortsetzten. Sie reagierten flexibel und kreativ auf die Lockdown-Situation, um migrantische und geflüchtete Menschen weiterhin bedarfsorientiert zu begleiten und zu unterstützen. Die Vertreter*innen der Migrant*innen-Organisationen gingen besonders auf die Situation und Lebenslage von Frauen, alten Menschen und internationalen Studierenden ein. Durch ihre Arbeit werden strukturelle Ungleichheiten besonders sicht-



Auch Kinder machten beim Aktionstag mit

Foto: Elaine Yousef

bar, denn an vielen Stellen geht es um grundlegende und existentielle Fragen. Dies spiegeln auch die Erfahrungen von samo. fa plus wider. Zu Beginn der Pandemie ging es im Frühjahr 2020 zunächst darum, mehrsprachige Informationen über das Coronavirus zu vermitteln. Mit der Zeit konnten Austausch- und Gruppenangebote an digitale Formate angepasst werden, um weiterhin in Kontakt zu bleiben, sich gegenseitig zu stärken und auch leichte Momente miteinander zu erleben. Durchgehend trugen besonders persönliche Gespräche dazu bei, dass psychische Entlastung geschaffen werden konnte, indem über Ängste vor einer möglichen Erkrankung und die Belastungen, die mit den Kontaktbeschränkungen einhergehen, wie soziale Isolation oder Mehrfachbelastung in Familien, gesprochen werden konnte.

Auch wurden Menschen dabei unterstützt, Fragen mit dem Gesundheitsamt oder der Ausländerbehörde zu klären. Was passiert im Fall eines positiven Testergebnisses, einer Erkrankung oder eines Krankenhausaufenthaltes? Wie geht man damit um, wenn der Aufenthaltsstatus verlängert werden muss, die Behörden jedoch nicht zugänglich sind? Durch Nachhilfe-Angebote wurde versucht, Benachteiligungen im Bildungssystem entgegenzuwirken. Denn auch homeschooling ist in weiten Teilen darauf ausgelegt, dass Eltern (sprachlich und fachlich) dabei begleiten, eine gute digitale Ausstattung vorhanden,

der Umgang mit PC-Programmen erlernt und die finanziellen Mittel für Mehrkosten vorhanden sind. Migrant*innen-Organisationen sind durch ihr langjähriges Engagement mit den Lebensrealitäten von geflüchteten und migrantischen Menschen vertraut. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft. Durch ihre ehrenamtliche Arbeit wird Teilhabe ermöglicht und in besonderer Weise auf die Bedarfe und Interessen der Menschen eingegangen.

Im dritten Block der Veranstaltung kamen kritische Freund*innen zu Wort und bekräftigten an vielen Stellen die Erfahrungen der Migrant*innen-Organisationen. Megha Kono-Patel, Stadtdramaturgin am Theater Dortmund, betonte, dass auch hier ein Großteil der emotionalen und mentalen Arbeit von Frauen geleistet wird. Auch stellte sie die Frage danach, welche Kraft es kostet, den Status quo zu halten und eine Verschlimmerung der Umstände zu verringern oder zu verhindern. Wo können Migrant*innenorganisationen die Ressourcen finden, von einem besseren, einem anderen Leben zu träumen?

Andreas Koch, Grünbau gGmbH, wies darauf hin, dass bereits seit vielen Jahren Ideen und konkrete Konzepte existieren, die Ungleichheit und Benachteiligung in Dortmund zu verringern. Woran liegt es, dass die Umsetzung bislang gescheitert ist? Wer setzt sich aktiv für Veränderungen ein und an welchen Stellen werden diese

verhindert?

Benjamin Stuwe, Planerladen e.V., verdeutlichte, dass Ungleichheit auch in der Stadtplanung und am Wohnort abzulesen ist. Menschen im Dortmunder Süden, mit Eigenheim und Garten sind ohne weiteres privilegierter als Menschen, die in dichter besiedelten Stadtteilen, wie zum Beispiel der Nordstadt wohnen. Warum wurde hier in Corona nicht die Gelegenheit genutzt, einzelne Straßen zu Spiel- oder Fahrradstraßen umzufunktionieren? Um Entlastung zu verschaffen und städtischen Raum für die Bedarfe der Menschen zu nutzen.

Der Aktionstag verdeutlichte erneut, was bereits an vielen Stellen benannt und kritisiert wird: gesellschaftliche Benachteiligungen, strukturelle Ungleichheiten, rassistische und sexistische Mechanismen, die auch vor Corona wirksam waren, verstärken und verschärfen sich.

Die Teilnehmenden, die überwiegend aus Migrant*innen-Organisationen kamen, äußerten vielfach den Wunsch, die Themen nicht immer wieder nur „unter uns“ zu diskutieren und zu besprechen. Hierzu muss der wechselseitige Austausch mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen intensiviert werden. Um nicht allein die gesundheitlichen, sondern insbesondere auch die sozialen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen braucht es die Entwicklung von Lösungen, für die sich alle gleichermaßen verantwortlich fühlen und die gemeinsam umgesetzt werden. In einer solidarischen Stadtgesellschaft werden verschiedene Perspektiven sichtbar und unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigt. Um diese Vision wirksam und nachhaltig in die Realität umzusetzen, braucht es die Beteiligung und das Engagement aller Akteur*innen.

Ausblick: Das Thema des Aktionstages in Dortmund wird im Rahmen eines Workshops beim Dortmunder Flüchtlingsforum weiter vertieft (16. Juni 2021).

Am 27. Mai 2021 findet die 6. samo. fa Dialogkonferenz statt unter dem Titel „Geflüchtetenarbeit vor Ort: Es muss weitergehen“.

samo. fa plus-Team Dortmund

Migrant*innen-Organisationen:

Statt „Nachhilfe“ mit „Bildung und Lebensfreude“ aus der Corona-Krise. Eine Antwort auf Frau Karliczek



Die „Tagesschau“ vom 27. März 2021 berichtet: „Damit Schüler durch die Corona-Pandemie nicht den Anschluss verlieren, will Bildungsministerin Anja Karliczek eine Milliarde Euro für ein bundesweites Nachhilfeprogramm ausgeben. Dazu solle es am Ende dieses Schuljahres in allen Bundesländern Lernstandserhebungen in den Kernfächern geben, sagte die CDU-Politikerin den Zeitungen der „Funke Mediengruppe“. „20 bis 25 Prozent der Schüler haben vermutlich große Lernrückstände – vielleicht sogar dramatische“, sagte Karliczek. „Wenn wir ein Nachhilfeprogramm für die Kernfächer auflegen, brauchen wir dazu etwa eine Milliarde Euro“, so die Ministerin.“

Dass die Corona-Krise mit ihren langen Phasen der Schulschließungen und des Distanz- oder Wechselunterrichts die Gefahr erheblicher Bildungsbenachteiligungen mit sich bringt, ist eine Erkenntnis, die sich weitgehend durchgesetzt hat. Schon im Mai 2020 hatte der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO) gewarnt: Kinder und Jugendliche aus Familien mit Einwanderungsgeschichte wie andere in sozialen Risikolagen werden in besonderer Weise davon betroffen sein.

Aber es blieb nicht bei Warnungen, sondern es wurde auch gehandelt, so z.B. der Bundesverband NeMO mit seinen mehr als 20 lokalen Verbänden und dem von ihm getragenen Projekt samo. fa durch zwei Aktionen, nämlich: zur Hilfe bei der Beschaffung von Endgeräten für Distanzlernen und Kommunikation oder sogar ihrer Bereitstellung und durch vielfältige Aktionen „Sommer der Bildung und Lebensfreude“ und „Winter der Bildung und Lebensfreude“ (www.samofa.de).

Es ist gut, dass nun ein großes Programm auf den Weg gebracht wird, um dieser akuten Bildungsbenachteiligung entgegenzuwirken.

Was kann aus den bisherigen Erfahrungen für das geplante Programm gelernt werden?

Für die Mobilisierung von Lernbereitschaft und Lernwillen ist die lokale Ebene – dort, wo die Menschen leben – von entscheidender Bedeutung. Die Kommunen und ihre kommunale Koordinierung bzw. ihr kommunales Bildungsmanagement müssen deshalb so

ausgestattet werden, dass sie in Kooperation mit vielen lokalen Partner*innen die „nachholende Bildung“ gezielt an jene bringen, die sie besonders dringend brauchen. Migrant*innen-Organisationen und vor allem jene, die als Verbände herkunftsübergreifend viele verschiedene, auch kleinere Gemeinschaften erreichen, sind für diese „nachholende Bildung“ wichtig. Sie sind nahe bei den Menschen und haben „einen direkten und vertrauensvollen Draht“ zu jenen, die in besonderer Weise negativ von den Corona-Folgen betroffen sein werden. Die gezielte Förderung der Zusammenarbeit zwischen kommunalem Bildungsmanagement und lokalen Migrant*innen-Organisationen müsste also eine tragende Säule des geplanten Programms sein.

Welche Aufgaben können Migrant*innen-Organisationen übernehmen und wie können sie bereits entwickelte, lebensweltliche Unterstützungsangebote ausbauen und weiterentwickeln? Können sie auch Träger von Lern- und Bildungsprogrammen sein? Ja, denn schon heute sind Migrant*innen-Organisationen, bzw. ihre Verbände anerkannte Bildungsträger und/oder sind in einem breiten Spektrum von Lern- und Bildungsangeboten auch für Kinder und Jugendliche aktiv. Da die Corona-Krise und ihre Folgen ständige und aktuelle praktische Herausforderung der Migrant*innen-Organisationen vor Ort ist, sind sie auch in der Lage, umgehend tätig zu werden. Es liegt also bereits eine erhebliche Expertise vor, die auch zu weiteren Vereinen und Verbänden transferiert werden kann. Vor allem stehen sie für eine lebendige Verbindung von Lernen, Mutmachen und Lebensfreude. Lokale Migrant*innen-Organisationen können im geplanten Programm also wichtige Aufgaben übernehmen, vor allem auch, um Frustrationen aufzufangen und um die Freude am Lernen auch in schwierigen Zeiten zu erhalten. Das ist viel mehr und auch zugleich etwas Anderes als Nachhilfe. Das Programm braucht in Ausrichtung und Umsetzung also eine andere Akzentuierung: Statt „Nachhilfe“ mit „Bildung und Lebensfreude“ aus der Corona-Krise. Hierfür sind Migrant*innen-Organisationen als Partner unverzichtbar.

House of Resources und die Fachberatung Migrant*innenorganisationen vergibt 12.300 € an integrativ wirkende Vereine in Dortmund

Im Projekt House of Resources (HoR) und der Fachberatung Migrant*innenorganisationen (Fachberatung MOen) in der Trägerschaft des VMDO stehen finanzielle Mittel für geeignete Projekte von Migrantenorganisationen und integrativ wirkende Organisationen zur Verfügung. Im ersten Quartal des Jahres 2021 konnten einige Vorhaben und Projekte mit Mitteln des HoR und der Fachberatung MOen finanziell in Höhe von 12.300 € gefördert werden. Die Coronakrise hat dazu geführt, dass Migrant*innen-Organisationen und integrativ wirkende Vereine sich den geänderten Rahmenbedingungen anpassen mussten. Von Beginn an standen für den VMDO im Rahmen seiner Arbeitszusammenhänge der Austausch und die Kommunikation mit den Akteuren

der MOen und der Stadtgesellschaft im Vordergrund. Zielsetzung war auch unter der besonderen Herausforderung durch Corona und den dynamischen Veränderungen der Bedarfe bei Integrationsprozessen auf lokaler Ebene aufrechtzuerhalten und gemeinsam nach Lösungen auf zu suchen. Virtuelle Instrumente werden seitdem genutzt, Neues getestet und weiterentwickelt. Hierbei stehen immer die Zielgruppen Migrantenorganisationen, -initiativen und Communities (MO) im Fokus der Arbeit. Zahlreiche Einrichtungen im Bereich „Bürgerschaftliches Engagement“ (BE) sind gleichfalls aktiv, um auf die Situation kreativ zu reagieren, oft in Austausch und Kooperation untereinander. HoR und die Fachberatung MOen gemeinsam sind eine Anlaufstelle

zur Beratung, Förderung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantenorganisationen und integrativ wirkenden Organisationen in Dortmund. Das HoR und die Fachberatung MOen stellen sowohl finanzielle, als auch weitere Ressourcen flexibel und wirksam zur Verfügung. Zielsetzung ist es Migrantenorganisationen mit den integrationspolitisch, bzw. bürgerschaftlich relevanten Akteuren, die zu kommunalen Kooperations- und Austauschstrukturen gehören, zusammenzubringen. Zu den Dienstleistungsangeboten gehören die praktische Begleitung, Unterstützung von Vereinsaktivitäten und Projekten; die Bereitstellung, Verleihung von Geräten und Technik; Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit; die Bereitstellung, Mithilfe bei der Finanzie-

rung von Räumen zur Umsetzung ihrer Veranstaltungsaktivitäten; Finanzierung von Mikroprojekten im Rahmen von Aktivitäten und Veranstaltungen.

Für Rückfragen, stehen wir Ihnen unter der Rufnummer 0231/286 767 94 gerne zur Verfügung.

Weitere Infos finden Sie unter: house-of-resources-dortmund.com und www.vmdo.de

House of Resources ist ein Projekt des **VMDO e.V.** – Verbund sozial-kultureller Migrantenvereine Dortmund e.V. und wird gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert.

Wichtige Adressen und AnsprechpartnerInnen

MIA-DO-KOMMUNALES INTEGRATIONSZENTRUM DORTMUND

MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund arbeitet an der Umsetzung des „Masterplan Integration“.
Betenstr. 19, 44122 Dortmund
Tel: 0231-5026449, Fax: 0231-5010027
E-Mail: miadoki@dortmund.de
Internet: miadoki.dortmund.de

BÜRGERDIENSTE

Tel.: (0231) 50-13331 oder 50-13332, buergerdienste@stadtdo.de

EINBÜRGERUNG

Info-Service-Nr.: **0231-5026999**.
Online-Terminvereinbarung unter www.einbuengerung.dortmund.de
E-Mail: einbuengerung@stadtdo.de
Die Einbürgerungsstelle:
Stadthaus Olpe 1, 44135 Dortmund.
Öffnungszeiten: Mo, Di, Do und Fr.
07:30 - 12:00 Uhr

INTEGRATIONS-SPRACHKURSTRÄGER

Auslandsgesellschaft Deutschland e.V.
Steinstraße 48, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-838000
info@auslandsgesellschaft.de
www.auslandsgesellschaft-deutschland.de

Planerladen e.V., Sprachförderung
Rückertstraße 28, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-828362
sprachfoerderung@planerladen.de
www.planerladen.de

pdl – Projekt Deutsch lernen
Interkulturelles Zentrum am Burgtor
Münsterstraße 9-11, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-839822
www.vfz.de, E-Mail: office@vfz.de

Berlitz Deutschland GmbH
Hohe Straße 1, 44139 Dortmund
Tel.: 0231-1385069
Fax: 0231-13850669
dortmund@berlitz.de
www.berlitz.de

CJD-Sprachschule
Haus am Park, Evinger Parkweg 11
44339 Dortmund
Tel.: 0231-985023-9998
barbara.fertsch@cjd-dortmund.de
www.cjd-dortmund.de

IB Geschäftsstelle Dortmund
Schwanenstraße 30, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-58449860
sbs-dortmund@nternationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Kath. Bildungswerk der Dortmunder Dekanate e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848249
gahle@kbs-dortmund.de
www.kbs-dortmund.de

TÜV-Nord Bildungszentrum Dortmund
Bärenbruch 128, 44379 Dortmund
Bildungsberater für Unternehmen und Privatkunden
Daniel Paar: Tel.: 0231-96700035, H.: 0171-7646102
Ronald Kaczynski: Tel.: 0231-96700031
E-Mail: r.kaczynski@tuv-nord.de

VHS Dortmund
Hansastraße 2-4, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-24705
jdieckerhoff@stadtdo.de
www.vhs.dortmund.de
VHS Dortmund – persönliche Beratung
Infos unter www.vhs.dortmund.de und im gedruckten Programmheft.
Allgemeine Auskünfte: 0231-50-24727

Westfalia Bildungszentrum e.V.
Bissenkamp 12-16, 44135 Dortmund
Bürozeiten:
montags - freitags 09:00-18:00
Telefon: 0231-33015438
info@wbzev.de

Bildungswerk Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Bornstr. 83, 44145 Dortmund
Tel: 0231/58693871
kkeinemann@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

INTEGRATIONSAGENTUREN

Planerladen e.V. Integrationsagentur Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen
Schützenstraße 42, 44147 Dortmund
Tel. 0231-8820700
integration@planerladen.de
www.planerladen.de
www.integrationsprojekt.net

AWO UB Dortmund
Klosterstr. 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-210
r.erdmann@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstr. 71, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810218
karin.langrzyk@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund
Prinz-Friedr.-Karl-Str. 9,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-55747213
dick@jkgd.de, www.jg-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e. V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-86108020
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Berenice Becerril Ortiz
Oesterholzstr. 120, 44145 Dortmund
Tel: 0231/2866255
bbecerril@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

MIGRATIONS-BERATUNGSSTELLEN

Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Dortmund
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-0
info@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e.V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-861080-0
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstraße 71, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810-0
migrationsberatung@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Diakonisches Werk Dortmund
Rolandstraße 10, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8494-600
sozialbuero@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

IN VIA Dortmund e.V. Jugendmigrationsdienst
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848-142
u.kurz@invia-dortmund.de

www.invia-dortmund.de

Stadtteil-Schule Dortmund e.V.

Gabi Frohnert
gfrohnert@stadtteil-schule.de
Oesterholzstr. 120,
44145 Dortmund
Tel: 0231/28662580
www.stadtteil-schule.de

HILFE UND ANGEBOTE FÜR FRAUEN

Dortmunder Mitternachtsmission Beratungsstelle für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel

Dudenstraße 2-4,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-144491
mitternachtsmission@gmx.de
www.mitternachtsmission.de
Frauenberatungsstelle Frauen helfen Frauen e.V.
Märkische Straße 212-218,
44141 Dortmund
Tel.: 0231-521008
frauen@frauenberatungsstelle-dortmund.de
www.frauenberatungsstelle-dortmund.de

Frauenübernachtungsstelle Diakonisches Werk
Prinz-Friedrich-Karl-Straße 5
44135 Dortmund
Tel.: 0231-584496-0
fues@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

Frauzentrum Huckarde
Arthur-Beringer-Straße 42
44369 Dortmund
Tel.: 0231-391122
info@frauzentrum-huckarde.de
www.frauzentrum-huckarde.de

Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum Dortmund e.V.
Hospitalstraße 6,
44149 Dortmund
Tel.: 0231-141 662
buero@muetterzentrum-dortmund.de
www.muetterzentrum-dortmund.de
Öffnungszeiten des offenen Treffs und des Cafés: Mo bis Fr 9:00 bis 18:00
LEBEDO, Beratungsstelle für lesbische und bisexuelle Frauen und deren Freunde und Angehörige
Goethestr. 66, 44147 Dortmund
(Untergeschoss Edward-Clement-Haus),
Tel.: 0231-98221440, info@ebedo.de
oder brokemper@lebedo.de,
www.lebedo.de

ERZIEHUNGSHILFE

AMBE - Ambulante Erziehungshilfe (mehrsprachige Hilfe u. Betreuung)
Öffnungszeiten und telefonische Sprechzeiten: Montag – Freitag 8-16 Uhr Rheinische Str. 169, 44147 Dortmund
Telefon: 0231 286783-50 oder -51
Fax: 0231 286783-49

BERATUNGSTELLEN

Arbeitslosenzentrum
Leopoldstr. 16-20,
44147 Dortmund
Telefon: 0231-812124
info@alz-dortmund.de
www.alz-dortmund.de
Bürozeiten: Mo., Mi., Do.: 08:30-16:00; Di.: 08:30-12:00, Fr.: 08:30-12:30 Uhr

Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstr. 8-12,
44145 Dortmund
Beratungsstelle Westhoffstraße:
Tel: 0231-840340.
Fax: 0231-840341
Mail: info@westhoffstrasse.de
www.westhoffstrasse.de
Soziales Zentrum:
Tel: 0231-840310

Seniorenwohnungen:
Tel: 0231-840338 (10-12Uhr)

FEEDBACK
Fachstelle für Jugendberater & Suchtvorbeugung Dortmund
Kuckelke 20,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-70099290
info@feedback-dortmund.de
www.feedback-dortmund.de

Selbsthilfe-Kontaktstelle Dortmund
Ostenhellweg 42-48,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-529097.
Fax: 0231-52090.
selbsthilfe-dortmund@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-dortmund.de
Sprechzeiten: Mo + Mi 9:00-13:00 und 14:00-16:30 Uhr; Do 14:00-16:30 Uhr; Fr 9:00-13:00 Uhr und Telefonische Abendsprechzeit:
1. Donnerstag im Monat 16.30-19.00

Evangelische Beratungsstelle für Erziehungs-, Ehe- u. Lebensfragen
Klosterstraße 16,
44135 Dortmund
Telefon 0231-8494480
Erziehungsberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen
Joachimstr. 2, 44145 Dortmund
Telefon 0231-86108515

Beratungsstelle Scharnhorst
Hesseweg 24,
44328 Dortmund
Telefon 0231-239083

Beratungsstelle für Personen deren Versicherungsstatus unklar ist Clearingstelle Gesundheit Dortmund
Ludwigstr. 14, 1. Etage,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-28676022
Beratungssprachen: Deutsch, Rumänisch, Serbisch, Katalanisch, Spanisch, Bulgarisch, Türkisch, Englisch, Mazedonisch, Italienisch

GLEICHSTELLUNGSBE-AUFTRAGEN

JobCenter Dortmund
Gabi Herweg-Zaide, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt
Südwall 5-9,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-842-1572
jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de
www.jobcenterdortmund.de

Agentur für Arbeit Dortmund
Sladjana Mitrovic, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Migrationsbeauftragte
Steinstr. 39,
44147 Dortmund
Tel.: 0231-842-1272
dortmund.bca@arbeitsagentur.de
www.arbeitsagentur.de/dortmund

QUARTIERSMANAGEMENTSBÜROS

Geschäftsstelle Quartiersmanagement Nordstadt
Mallinckrodstr. 56, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-2227373
Martin Gansau, Projektleitung
info@nordstadt-qm.de
www.nordstadt-qm.de

Quartiersbüro Hafen
Schillerstraße 37, 44147 Dortmund
Didi Stahlschmidt.
Sprechzeiten:
Di 14-18 Uhr und Mi 9-12 Uhr.
hafen@nordstadt-qm.de

BERATUNGSSTELLEN FÜR SENIOR(INN)EN

Seniorenbüro Innenstadt West
Lange Str. 42, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-39572-14

Seniorenbüro Innenstadt Ost
Märkische Str. 21,
44141 Dortmund
Tel.: 0231-50-29690
Seniorenbüro Innenstadt Nord
Bornstr. 83,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-4775240
Seniorenbüro Dortmund-Aplerbeck
Aplerbecker Marktplatz 21,
44287 Dortmund.
Tel.: 0231-50-29390
Seniorenbüro Dortmund-Brackel
Brackeler Hellweg 170,
44309 Dortmund
Tel.: 0231-50-29640

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DORTMUND

NORDSTADT-BÜRO
Mallinckrodstraße 2,
44145 Dortmund
Tel. 0231-286739-0
hubert.nagusch@stadtdo.de

GESUNDHEITSBERATUNG

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Mitte
Eisenmarkt 3,
4137 Dortmund
Tel.: 0231-5022534
E-Mail: 53psych-mitte@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Nord
Bornstr. 239, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-5025391
E-Mail: 53psych-nord@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Methadonambulanz
Tel.: 0231 5025392, Fax: 0231 50-26638
E-Mail: 53method-amb@stadtdo.de
Susanne Dillenhöfer, Ärztliche Leiterin

Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Krankheiten, AIDS und Tuberkulose
Hövelstraße 8,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-5023601. Fax: 0231-5023592
E-Mail: aidsberatung@stadtdo.de
Internet: dasaidsteam.dortmund.de
(keine Anmeldung erforderlich)

FLÜCHTLINGSARBEIT (VMDO E.V.)

Flüchtlingsberatung VMDO e.V.
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Tel: 0231-28678242.
Fax: 0231-28678166
Sprechzeiten: Mo., Di., Do., Fr.: 10-12 Uhr

BeVi - Beratung der Vielfalt (VMDO e.V.)

Beratungen zur Beruflichen Entwicklung
Beuthstraße 21,
44147 Dortmund
Gisela Reppel (g.reppel@vmdo.de)
Antje Krah (a.krah@vmdo.de)
Telefonische Terminvereinbarung
Tel.: 0231-28678744,
Fax: 0231-28678166
www.vmdo.de/bevi/

KiVi - Kinder der Vielfalt (VMDO e.V.)

Offener Kinder- und Jugendtreff für Kinder im Alter zwischen 6-14 Jahren
Beuthstraße 21,
44147 Dortmund
Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 15:00-20:00,
Sa.: 14:00-20:00, So.: 14:00-18:00 Uhr
Tel.: 0231-28678163,
www.vmdo.de, ftoker@vmdo.de

Samo.fa
Beratung und Begleitung von MO Netzwerk und Öffentlichkeitsarbeit
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund
Armelle Djine (a.djine@vmdo.de)
Johanna Jost (j.jost@vmdo.de)
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Telefonische Terminvereinbarung

Bildungswerk Vielfalt

Bereichsleitung Bildung Sprach-, Bildungs-, Sport und Kreativkurse
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Leitung: Kati Stüdemann
Tel 0231 28678165, Fax 0231 28678166
Email: bildungswerk-vielfalt@vmdo.de
Erreichbar Mo – Do 9.00 – 14.00 Uhr

Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen

Leyla Boran: l.boran@vmdo.de
Armelle Djine: a.djine@vmdo.de
Tel: 0231 286 767 92
Mobil: 0176 128 678 72
Leuthardstr. 5-7,
44135 Dortmund

Train of Hope Dortmund e.V.

Flüchtlingshilfe Dortmund
Münsterstr. 54, 44145 Dortmund
Tel : 0231/97062647

Eltern- Kind Gruppen für Geflüchtete

Kinderbetreuung, Beratung für Eltern, Netzwerkarbeit mit Bildungsinstitutionen
Felix Toker,
Montag – Freitag, 8.00 – 14.00 Uhr
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund

"LOKAL WILLKOMMEN"

Das Dortmunder Integrationsnetzwerk
Beratung - Hilfe - Information für Zugewanderte, Nachbarinnen und Nachbarn sowie Freiwillige

"Entenpöth 34" - Zentrale Verwaltungsstandort
Entenpöth 34
44263 Dortmund

Innenstadt-Nord
Brunnenstraße 25
44145 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.in@stadtdo.de
0231 50-11185, 0231 50-11182,
0231 50-11186, 0231 50-11184
0231 50-11187

Innenstadt-West und -Ost

Elisabethstraße 5
44139 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.iwo@stadtdo.de
0231 50-11197, 0231 50-11198

Lütgendortmund
Lütgendortmunder Straße 128
44388 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.l@stadtdo.de
0231 50-11167, 0231 50-11168
0231 50-11169

Hörde und Hombruch

Schildplatz 7
44263 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.hh@stadtdo.de
0231 50-11138, 0231 50-11139

Brackel und Aplerbeck

Brackeler Hellweg 146
44309 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.ba@stadtdo.de
0231 50-28706, 0231 50-28705
Mengede und Huckarde
Westerfelder Straße 54
44357 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.mh@stadtdo.de
0231 50-11148, 0231 50-11149

Stiftung Kinderglück spendet Masken an "Kinder der Vielfalt"



Foto: KiVi

Durch die großartige Unterstützung der Stiftung Kinderglück und dem Verantwortlichen Sebastian Bals konnte der KiVi – „Kinder der Vielfalt“ der offene Kinder und Jugendtreff – im Haus der Vielfalt des VMDOs eine tolle Spende von 325 FFP2-Masken entgegennehmen. So kann den Kindern und Jugendlichen der notwendige Gesundheitsschutz während des offenen Treffs und bei kommenden Projekten geboten werden. Gleichzeitig wird

Dank der Spende gewährleistet, dass soziale Interaktionen so schnell wie möglich wieder in den Räumlichkeiten des KiVis in der Beuthstraße 21 in Dortmund zu den gewohnten Öffnungszeiten stattfinden können. Auf dem Bild zu sehen: v.l.n.r. Dr. Omar Al Ghawi (stellvertretender Vorstandsvorsitzender VMDO e.V.), Laura Böwing (KiVi-Mitarbeiterin) und Sebastian Bals (Projektleiter Stiftung Kinderglück)

KiVi-Team

Kinder-Sommerfest im Haus der Vielfalt

In diesem Jahr findet wieder ein buntes und vielfältiges KiVi Sommerfest im Hof des Hauses der Vielfalt statt. Am Samstag, den 3. Juli 2021 von 14 bis 19 Uhr wird euch ein buntes Programm mit verschiedenen Aktivitäten, wie Kinderschminken, dem Jongleur Felix, dem Kinder Kick vom BVB Fanprojekt, Toben auf der Hüpfburg und einer Schatzsuche sowie einem großartigem Bühnenprogramm mit Breakdance, einem Auftritt des

Kinderchors und vielem mehr geboten. Dazu gehört ein vielfältiges, internationales Angebot an Speisen und Getränken. All das findet in Kooperation mit Vereinen des VMDO e.V. und der Stadt Dortmund, dem Jugend- und Kulturcafé JKC und dem Heinz Werner Meyer Treff statt. Das Sommerfest soll nicht nur ein buntes Programm bieten, sondern auch zu einem kulturellen Austausch im Stadtteil anregen.

KiVi-Team

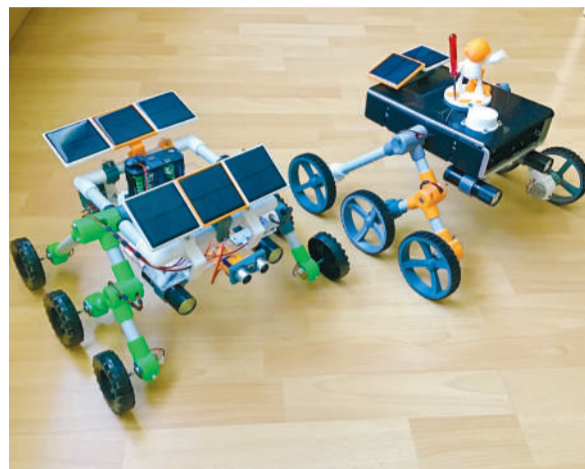
KITZ.do erhält bundesweiten LeLa-Preis

Der Bundesverband der Schülerlabore e.V. verlieh auf seiner bundesweit stattfindenden LeLa-Tagung Kitz.do den 1. Preis in der Kategorie Schülerlabor digital für das kostenlose Online-Angebot zum Selbstbau eines Mars-Rovers in 3D-Drucktechnik.

Aus der Begründung der Jury: „Eigentlich hat uns alles angesprochen: das aktuelle Thema; dass es für viele Altersgruppen leicht anzuwenden ist; dass es kostengünstig ist und es somit viele umsetzen können; dass es viele MINT-Schnittstellen in einem verbindet und dass es ganz besonders die individuelle Kreativität

durch viele optionale Erweiterungen fördert, Spaß macht und Initiator für eine zukünftige Berufswahl sein kann.“, so die Laudatorin und Jurymitglied Frau Dr. Claudia Ermel von der TU Berlin. Der erste Preis in der Kategorie Schülerlabor digital ist mit 5.000 Euro dotiert und ist gestiftet vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall.

Sylke Herberholt



3D-gedruckte Mars-Rover

Foto: Kitz.do

Piraten ankern vor dem Haus der Vielfalt

In der zweiten Osterferienwoche hieß es für die Kinder im offenen Kinder- und Jugendtreff, Kinder der Vielfalt (KiVi), im Haus der Vielfalt des VMDO e.V. in der Beuthstraße 21 "Kinderpiraten werden bunt - wir gestalten unser eigenes Piratenschiff!". Mit der kreativen Unterstützung und unter der Leitung der Dortmunder Künstlerin Janine Despaigne gelang es den Kinder so aus einem alten Holzschiff ein buntes Piratenschiff zu gestalten und das alles samt der passenden Kostümausstattung, sodass dem spielerischen Piratendasein nun nichts

mehr im Weg steht. All das war durch die finanzielle Unterstützung des Stadtmarketings Innenstadt-West möglich, was den Kindern des KiVis so eine tolle kreative Projektwoche ermöglicht hat.

ECHO



v.l. Wilfried Möcking (Leiter Heinz-Werner-Meyer-Treff), Friedrich Fuß (Bezirksbürgermeister Innenstadt-West), Janine Despaigne (Objektdesignerin) Felix Toker (Bereichsleitung Kinder und Jugend VMDO e.V.), Ralf Finke (Fachbereichsleiter Jugendförderung Innenstadt-West). Foto: J. Abolnikov

Das Projekts "Prof. Dr. Edward Saids Bibliothek"

Jugendprojekt: im Rahmen des Projekts "Prof. Dr. Edward Saids Bibliothek", ein amerikanisch-palästinensischer Philosoph und Orientalist von Weltrang werden in Zusammenarbeit mit dem VMDO e.V. Bücher über die palästinensische Geschichte und palästinensische Literatur gesammelt und im Haus der Vielfalt aufbewahrt. Die gesammelten Bücher in beiden Sprachen, Arabisch und Deutsch, sollen sortiert und aufgelistet werden. Dafür brauchen wir helfende Hände. Jugendliche, die mitwirken möchten, werden gebeten, sich über die palästinensische Gemeinde zu Dortmund e.V. bei Sarah Yahya zu melden. Später werden Lesewettbewerbe in palästinensischen

Geschichte und Literatur (auch Kinder- und Jugendliteratur) mit den Jugendlichen veranstaltet. Ferner werden auch Leseabende für Kinder und Jugendliche organisiert. Nach Möglichkeit werden Autoren geladen. Die Aktivitäten werden in Deutsch und Arabisch organisiert und von einer pädagogischen Fachkraft der Gemeinde begleitet und beaufsichtigt.

Palästinensische Gemeinde zu Dortmund



Sarah Yahya

Foto: ECHO

FRÜHE HILFEN

Pilar Wulff
Koordination: Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de. Tel.: 0231-50-24974
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

Sabine Janowski
Koordination: Familienhebammen und Familien-, Gesundheits-, Kinderkrankenpflegerinnen
familienhebammen@dortmund.de
sjanowski@stadtdo.de
Mob.: 0173-5290096.
Märkische Straße 24-26,
44141 Dortmund

GESUNDHEITSFACHKÄFTE

Gesundheitsamt:
Zuhal Dagdas, Familienkinderkrankenpflegerin, zdagdas@stadtdo.de
Melanie Korus, Familien-, Gesundheits-, und Kinderkrankenpflegerin, mkorus@stadtdo.de
Ismigyl Myrself, Familienhebamme, imyrself@stadtdo.de
Fariba Jooyaei, Familienhebamme, fjooyaei@stadtdo.de
Angela Schröder, Familienhebamme, angelaschroeder@stadtdo.de
Desirée Mober, Familienhebamme, dmober@stadtdo.de

Soziales Zentrum Dortmund e.V., Beratungsstelle Westhoffstraße
Marion Korte, Familienhebamme
marion.korte@westhoffstrasse.de

SKF – Sozialdienst katholischer Frauen
Christine Göke, Familienhebamme, schwangerschaftsberatungsstelle.
goeke@kath-centrum.de
AWO Beratungsstellen
Jenny Becks, Familienhebamme.
j.becks@awo-dortmund.de
donum vitae
Brigit Oechsli, Familienhebamme.
oechsli@donumvitae-dortmund.org

FAMILIEN-PROJEKT

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

FAMILIENBÜROS

www.familie.dortmund.de
Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem.
Die Familien-Hotline: Tel.: (0231) 50-298 95 ist für Sie montags und donnerstags von 8.00 – 12.00 Uhr freigeschaltet. Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:
Aplerbeck: Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 93 09
Brackel: Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 48 89

Eving: August-Wagner-Platz 2-4
44339 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 79 23
Hörde: Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 98 67
Hombuch: Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 83 27
Huckarde: Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 84 35
Lütgendortmund: Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 89 40
Mengede: Bürenstr. 1, 44359 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 80 40
Scharnhorst: Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 88 26
Innenstadt-Ost: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 95 69
Innenstadt-West: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 35 17
Innenstadt-Nord: Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 42 82
Öffnungszeiten der Familienbüros: montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

BERATUNGSSTELLEN DES PSYCHOLOGISCHEN BERATUNGSDIENSTES DES JUGENDAMTES

Beratungsstelle Aplerbeck
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund

Telefon (0231) 456013
Beratungsstelle Brackel
Asselner Hellweg 103,
4319 Dortmund
Telefon (0231) 27554/ 5
Beratungsstelle Eving
Evinger Platz 2-4, 44339 Dortmund
Telefon (0231) 50-25470
Beratungsstelle Hörde
Alfred-Trappen-Straße 39,
44263 Dortmund
Telefon (0231) 423017/ 18
Beratungsstelle Hombuch
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund
Telefon (0231) 717051
Beratungsstelle Innenstadt
Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund
Telefon (0231) 50-23115
Beratungsstelle Lütgendortmund
Werner Straße 10, 44388 Dortmund
Telefon (0231) 67811
Beratungsstelle Mengede
Bodelschwingher Straße 131,
44357 Dortmund
Telefon 0231-372088 / 37625

Beratung für Kinder und Jugendliche
Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Allgemeiner Projektkontakt:
c/o PSZ Dortmund
Lange Str. 44, 44137 Dortmund
Ansprechpartner:
AWO Unterbezirk Dortmund:
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-88088114,
r.anuti-risse@awo-dortmund.de

GrünBau gGmbH:
Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635,
ulohde@gruenbau-dortmund.de
Kinderschutzbund Dortmund e.V.:
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814,
m.furlan@dksb-do.de
Kinderschutz - Zentrum Dortmund:
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580,
niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

Kinderschutz-Zentrum Dortmund
Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.
Tel.: 0231-206458-0

Deutscher Kinderschutzbund Dortmund
Lambachstr. 4, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822

Schwangerenberatungsstellen
AWO Beratungsstelle
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-9934-222
beratungsstelle@awo-dortmund.de
Onlineberatung:
www.das-beratungsnetz.de

DONUM VITAE
Friedhof 4, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-176387-4
E.mail: dortmund@donumvitae.org

Katholische Schwangerschaftsberatungsstelle
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.

Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Telefon: 0231-1848-220
schwangerschaftsberatung@kath-centrum.de

Beratungsstelle Westhoffstraße Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-840340
E.mail: info@westhoffstrasse.de

Team Kinderschutz im Jugendamt:
Johanna Hopff
Koordination: Kinderschutz, Teamleiterin Fachberatung Kinderschutz.
jhopff@stadtdo.de. Tel.: 0231-5024881
Kirsten Grabowsky
Koordination:
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern
kgrabowsky@stadtdo.de.
Tel.: 0231-5023397
Stadt Dortmund - Gesundheitsamt
Hoher Wall 9-11, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23606.
Fax: 0231-50-23526
gesundheitsamt@dortmund.de
gesundheitsamt.dortmund.de

Abteilungen und Ansprechpartner
Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund
Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536
Fax: 0231 50-23592
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

Grünbau in der Coronazeit

Ein Interview mit Frank Pläß und Andreas Koch von der GrünBau gGmbH

Wie hat sich Ihre Arbeit seit Corona geändert?

Wir haben uns in der ersten akuten Phase (März 2020) der Pandemie schnell dazu entschlossen, einen Krisenstab mit Mitglieder aus allen Arbeitsbereichen der GrünBau gGmbH zu gründen. Ziel ist es, die zahlreich aufkommenen Informationen gemeinsam zu bewerten. Die gewonnenen Informationen flossen unmittelbar als Newsletter der Geschäftsleitung ins Unternehmen, um möglichst alle Mitarbeitenden auf den gleichen Informationsstand zu halten, wenn möglich mit beruhigenden Antworten.

Einen großen Teil der aktuellen Arbeit macht die Synchronisierung der täglichen Arbeit mit den gültigen Schutzvorkehrungen aus. Dafür haben wir ein Schutz- und Hygienekonzept mit Handlungsanweisungen entwickelt. Die Beschaffung von Desinfektionsmitteln, Mund-Nasen-Schutz, Warnhinweisen und die Herstellung von Spuckschutzwänden durch die eigene Holzwerkstatt waren eine große Herausforderung.

Vor der Corona Pandemie diskutierten wir innerhalb des Unternehmens noch über den Sinn und Unsinn der digitalen Transformation in der sozialen Arbeit, heute erleben wir diese Transformation



Die selbstgemachten Spuckschutzwände im Einsatz

Foto: Grünbau

in unfassbar schnellen Abläufen. Videokonferenzen, digitale Lernplattformen, persönliche Beratung über Live-Streams, Live-Streams für die Belegschaft, alles Themen, die innerhalb kürzester Zeit eingeführt werden mussten. Da z.B. Angebote der Arbeitsmarktförderung nicht mehr mit physischer Präsenz stattfinden dürfen, war die Suche nach geeigneten Lernplattformen und die Motivierung der Teilnehmenden, diese auch zu nutzen, eine gewaltige Herausforderung. Der Digitalisierungsschub ist aber kein Allheilmittel. Vielen Men-

schen fehlen die Tagesstruktur und die sozialen Kontakte zu den Arbeitskolleg*innen. Die Anforderungen an digitale Ausstattung für alternative Lernformen birgt darüber hinaus die Gefahr einer Vertiefung der digitalen Spaltung der Gesellschaft zu Lasten der Menschen, die sich keine digitalen Endgeräte leisten können oder denen nicht genügend Datenvolumen zur Verfügung steht. Home Office bei Mitarbeitenden mit Kindern führt zu Mega-Stress bei den Eltern und zu noch mehr Stress bei den Kindern. Ein großes

Problem ist es, den beruflichen und privaten Alltag unter einen Hut zu bringen. Als Arbeitgeber unterstützen wir unsere betreffenden Mitarbeitenden, indem wir Home-Office und eine flexible Arbeitszeitgestaltung ermöglichen. Wir müssen die Auswirkungen des Home-Office aber ganz genau beobachten. Es gibt Mitarbeitende, die sich allein gelassen fühlen. Ihnen müssen wir andere Möglichkeiten anbieten.

Was sind die aktuellen Herausforderungen?

Nach dem ersten Lockdown ging es darum, die Schutzstandards im Betrieb umzusetzen. Dabei reicht es nicht aus, ausschließlich die Mitarbeitenden für das Thema zu sensibilisieren, sondern insbesondere auch die Teilnehmenden in den unterschiedlichsten Projekten regelmäßig über die Einhaltung der Schutzstandards zu unterweisen. Dabei ist die Aufbereitung sinnvoller Informationen für die unterschiedlichsten Zielgruppen von Migrant*innen-Communities, über gehörlose Mitarbeitende im Garten- und Landschaftsbau, bis hin zu Jugendhilfeteilnehmenden eine Herausforderung.

Die finanzielle Planungssicherheit spielt in jedem Unternehmen eine große Rolle, insbesondere aber in Non-Profit-Organisationen. Und genau diese Planungssicherheit war zu Beginn der Pandemie nicht vorhanden.

Tatsächlich kam es nicht so schlimm wie befürchtet. Viele Projekte können in alternativer Durchführungsform weitergeführt werden.

Der Wermutstropfen bei den alternativen Durchführungsformen ist aber, dass viele Auftraggeber die Platzzahl der Teilnehmenden auf das Minimum reduzieren, was zu deutlichen finanziellen Einbußen führt.

Durch die stark reduzierte persönliche Beratung werden weniger Teilnehmende von unseren Auftraggebern für Maßnahmen vorgeschlagen. Kurzzeitig mussten wir Kurzarbeit anmelden. Abschließend könnte man es aber so formulieren „Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen“.

Was hat sie positiv überrascht?

Trotz aller Unsicherheit über finanzielle Aspekte und private Sorgen, konnten wir einen erheblichen gesteigerten Zusammenhalt feststellen. Das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, Kollegialität und Austausch wurde durch die Coro-

na-Krise verstärkt.

Schnelle Anpassungen und flexibles Handeln waren möglich. Alle Mitarbeitenden, Teilnehmende und Kunden zogen mit, wenn mal wieder eine Kurskorrektur nötig war.

Was bleibt hoffentlich nach der Krise?

Unsere Antwort lautet, dieses gestärkte Gemeinschaftsgefühl zu erhalten, auch im jetzigen Wettlauf nach den Impfungen, der die Gefahr von Neid und Missgunst zwischen Berufsgruppen und Generationen mit sich bringt.

Wir sollten die positiven und die negativen Erkenntnisse der Corona-Krise nutzen.

Es sollten Strukturen erhalten bleiben, die uns in dieser Zeit von Nutzen waren, seien es Videokonferenzen oder differenzierte Home-Office Möglichkeiten. Dabei sollten wir wirklich Alle mitnehmen und die entsprechenden Strukturen schaffen.

Corona hat uns auch gezeigt, wie gespalten unsere Gesellschaft ist: Die Armen wurden ärmer, die Reichen wurden reicher. Damit können wir uns nicht abfinden. Die Kluft muss geschlossen werden. Damit das klappt, braucht es einen WUMMS in Richtung Umfairteilung und Solidarität.

GrünBau gGmbH
Frank Pläß / Andreas Koch

Frauen und Mädchen in der Pandemie

Fortsetzung von Seite 1

Die Beratungsangebote und die sozialen Einrichtungen werden pandemiebedingt ins Ungewisse gesteuert. Mal besteht die Möglichkeit Beratung vor Ort in Anspruch zu nehmen oder auch von den Beratungsstellen anzubieten, mal wird überlegt das gesamte Beratungsangebot auf online und per Telefon umzustellen.

Ein Deutsch-Sprachkurs kann nicht unproblematisch besucht werden, wenn in der Zeit Kinder in Kindergärten, Schulen oder sich in einem Kurs befinden.

Das Leben spielt sich in den eigenen vier Wänden ab und birgt die Gefahr der institutionalisierten Benachteiligung.

Es gibt kaum Freizeitmöglichkeiten, Fortbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind nicht möglich, wenn, dann nur unter Online-Bedingungen. Dorthin, ins Internet, verlagern sich sogar Formen von Gewalt, die inzwischen enorm zugenommen haben, wie Cyber-mobbing. Dann sind da noch die vielen anderen Aufgaben und Verpflichtungen, die auch gemacht werden müssen, oder per Gesetz vorgeschrieben sind. Beispielsweise, wenn es um die Aufsichtspflicht der Kinder geht, da sind es überwiegend die Frauen, denen diese Rolle im Alltag und in der Pandemie im Besonderen zu Teil wird.

Was machen, wenn die Großeltern zur Risikogruppe gehören und nicht mit unterstützen können oder auch die sozialen Kontakte auf nur eine weitere Person außerhalb des eigenen Haushaltes beschränkt sind? Fachstellen geben verstärkt alarmierende Berichte heraus zu diesen Entwicklungen und Zuständen, deutschlandweit, aber auch weltweit.



In dem Bericht der Vereinten Nationen unter dem Titel „Mein Körper gehört mir: Das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung einfordern“ befasst sich der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) in diesem Jahr vor allem mit der körperlichen Selbstbestimmung und Unversehrtheit von Mädchen und Frauen. Da kann nur der Kopf geschüttelt werden, wenn dann auch noch um den 8. März 2021 die türkische Regierung beschließt, aus dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten Istanbul-Konvention auszutreten und dies auch noch umsetzt. Die sog. Istanbuler Konvention schafft verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt. Die Abschaffung der Konvention begünstigt somit die Missstände und die Gefährdungslage der Frauen und Kinder in Staaten. Die Pandemie, wie auch die RKI-Zahlen aufzeigen, wird nicht in wenigen Monaten zu Ende sein. Wie wäre es da, wenn neben den Inzidenzzahlen, die Zahl der

Frauen und Mädchen aufgeführt werden würden, die Gewalt erleben oder Diskriminierung oder Benachteiligung.

Und wie wäre es, wenn damit begonnen werden würde so viele Ressourcen dafür einzusetzen, für eine Verbesserung der Umstände für Frauen und Mädchen in der Krise und nach der Krise. Denn die Folgen einer Krise zeichnen sich in der Krise ab, aber richtig sichtbar werden sie nach der Krise.

Wäre es da nicht an der Zeit, die Ärmel hochzukrempeln und alle diejenigen an einen Tisch zu holen, die Fachberatungsstellen, darunter auch die Migrant*innenorganisationen, ihre Interessensvertretungen, und daran zu wirken ein Roadmap und lebensnahe Unterstützungsangebote zu schaffen? Hier und jetzt. Denn stellen wir uns vor, die Frauen würden ihre Aufgaben und ihren Einsatz einfach stoppen. Sie würden einfach an ihre Wohnungs- oder Haustür "Wegen Coronavirus geschlossen schreiben". Undenkbar für die meisten Leser*innen. Doch was ist denk-

bar? Was wäre angebracht, um aus der Krise gerechtere Verhältnisse, Zustände und Umstände für Frauen und Mädchen zu schaffen?

In dem Bericht der Vereinten Nationen unter dem Titel „Mein Körper gehört mir: Das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung einfordern“ befasst sich der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) in diesem Jahr vor allem mit der körperlichen Selbstbestimmung und Unversehrtheit von Mädchen und Frauen.

Wäre es da nicht sogar angebracht, diese Krise dazu zu nutzen das Leben gerechter, freier von Diskriminierung und den scheinbar festgeschriebenen Rollen und Gewalt zu gestalten?

Möglichkeiten und Wege zu schaffen, die das Leben erleichtern? Einen Kreis zu gründen, mit den BiPoC, Frauen, Mädchen und LGBT*IQ Menschen, in dem Unterstützungsangebote besprochen werden, und zeitnah, realitätsnah und effektiv angewendet werden und dabei die besonders benachteiligten Gruppen der Krise, auch wie die Frauen mit Migrationsgeschichte oder Fluchtgeschichte sich als Frauen unterstützen und Lösungen selbstbestimmt gestalten und umsetzen können.

Schreiben Sie gerne eine Nachricht, wenn Sie sich für das Thema interessieren: info@vmdo.de

Eine Anlaufstelle ist das **Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen: 08000 116 016**

Vom **VMDO e.V.** gibt es das **Unterstützungsangebot: SOFIE**

Leyla Boran



(c) Timm Reckmann/ flickr Impfung gegen Corona (CC BY 2.0)

INSIST Aktiv: Hilfestellung zur Impfaufklärung & Impfpriorisierung für Geflüchtete in Halle (Saale)

Für geflüchtete Menschen in Wohnzentren stellt die Corona Pandemie eine erhebliche Einschränkung zur Informationsgewinnung und sich verschärfende Isolation dar. Wie kann der Informationsfluss hier sprachgerecht gestaltet werden, um Bewohnenden von Wohnzentren (ehemals Gemeinschaftsunterkünften) die Informationen zu Impfstoffen, Nebenwirkungen und auch Klarheit über die Gestaltung der Impfpriorisierung (Berücksichtigung Vorerkrankungen) sicher zu stellen? Das Projekt INSIST* möchte daher vor Ort mit Hilfe von Ehrenamtlichen des Projektes samo.fapLus Halle durch Aufklärungsgespräche zur Corona-Schutzimpfung aktuelle Fragen der ca. 300 Bewohner*innen der insg. drei Wohnzentren in Halle (Saale) beantworten. Vor allem medizinische Fragen möchten wir mit unserer Unterstützung durch medizinisches Personal und ehrenamtliche Sprachmittler*innen adäquat beantworten können, um die teilweise große herrschende Unsicherheit verbunden mit der Corona-Schutzimpfung zu nehmen. Teilweise berichten Bewohnende davon, Angst zu haben, sich mit einer Impfung zu infizieren und dadurch zu erkranken, oder Bedenken bezüglich Nebenwirkungen zu haben. Doch außer der Aufklärung zur Corona-Schutzimpfung bedarf es derzeit auch der Kenntnis über den Ablauf der Impfpriorisierung. Inwiefern können Vorerkrankungen von Geflüchteten für die Hochstufung in eine höhere Priorisierungsgruppe gemeldet werden? Laut unseren Recherchen über den Patientenservice

(Rufdurchwahl 116117) gibt es eine speziell eingerichtete und kostenfreie Rufnummer des Gesundheitsministeriums, dass am Telefon durch eine Beratungsperson (mehrsprachig) die Impfpriorisierung vornehmen kann. Interessierte an einer Corona-Schutzimpfung können dieses selbstständig über die Rufnummer vornehmen.

Telefon: Impfpriorisierung (deutsch): **116117**

Telefon: Impfpriorisierung (arabisch, englisch, türkisch, russisch ggf. weiteren Sprachen): **0800 0000 837**

Ablauf Impfpriorisierung am Telefon:

Sie wählen Ihre entsprechende Sprache aus und werden mit einer Beratungsperson in der gewählten Sprache verbunden, diese fragt ärztliche Atteste ab, die laut der (**STIKO Impfpriorisierung**) für eine Hochstufung relevant sind. Diese werden im Online-System vermerkt und die Impfpriorisierung wird durch die Beratungsperson am Telefon vorgenommen und Ihnen mitgeteilt. Ab jetzt kann eine Einladung zur Impfung durch das Gesundheitsamt per Post erfolgen.

SEHR WICHTIG: Die ärztlichen Atteste (auf Deutsch) müssen dann zum Nachweis bei der Impfung mitgeführt werden. Inwieweit Atteste aus dem Ausland und in anderen Sprachen akzeptiert werden, kann telefonisch erfragt werden.

Kristin Kölling

*Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

Corona Zeit – Ältere Migrantinnen und ihre Alltagserfahrungen

Unser Verein Infrado (Internationales Frauencafé Dortmund e.V.) arbeitet viel mit älteren Migrant*innen. Zusätzlich haben wir auch einen Fokus auf Frauenarbeit.

Wir haben in dieser Corona-Pandemiezeit zu mehreren Migranten-Familien telefonischen Kontakt gehabt. Eine Familie hat ein an Alzheimer erkranktes Familienmitglied. Alle Familienangehörigen waren an COVID-19 erkrankt. Wir haben mit ihnen darüber gesprochen, welche Alltagserfahrungen sie während ihrer Quarantänezeit gemacht haben und wie sie diese Pandemie-Zeit erleben. Die Familie erzählte uns ihre Geschichte mit diesen Worten:

Wir sind familiär an Corona erkrankt. Unser Hausarzt hat uns nicht geholfen. Nicht einmal ein Test wurde durchgeführt. Wir mussten den

selbst machen. Das Gesundheitsamt hat uns nach einem Monat erst angerufen. Ich habe meinen Arzt gewechselt. Das Gesundheitsamt forderte uns lediglich auf, uns in die Quarantäne zu begeben und dort solange zu verbleiben, bis die sich melden. Ich habe keinerlei Informationen in der türkischen Sprache erhalten. Die Angehörigen der Moschee haben im eigenen Interesse gehandelt und den Menschen, die sich in der Quarantäne befanden, Hilfe angeboten und Informationen übermittelt.

Frage: Diesen Prozess zu überstehen ist schwer. Viel mehr an Ausrüstung und Organisation wäre nötig gewesen. Denken Sie, dass der Gesundheitssektor hier in Deutschland Mängel hat?

Eine andere Familie aus Scharnhorst behauptet, dass das Gesundheitsamt damit beschäftigt war, sich um sich selbst zu kümmern. Die Zeit während der Corona-Erkrankung haben Sie zu Hause verbracht. Eine Frau aus der Familie teilte mit, dass dieses Problem Schädigungen mit sich bringt. Wir sind psychisch an unsere Grenzen gekommen. Die beauftragten Mitarbeiter haben uns lediglich nur inkonsistente Informationen gegeben. Die medizinischen Informationen waren nicht ausreichend genug. Eine weitere Person behauptet, dass die Informationen bzw. die Aufklärungen sehr informationsarm und lückenvoll waren. Es wurde gesagt, dass Personen, die sich in der Quarantäne

finden und Atembeschwerden bzw. Atemnot bekommen, nur ein Krankenhaus oder den Notruf rufen sollen. Medizinisch betrachtet weiß kaum jemand, in welchem Stadium man am besten ins Krankenhaus sollte. Es gibt welche, die sich über einen ganzen Monat in Quarantäne befanden.

Eine Kollegin, die sich um eine aus Afghanistan stammende Familie mit Kindern kümmert, teilte mit, dass die Mutter der Kinder an Corona erkrankt war und im Krankenhaus lag. Die anderen Familienmitglieder wurden aufgrund der mangelnden Deutschkenntnisse nicht aufgeklärt und haben ihren normalen Alltag gelebt. Die Kinder sind wie gewohnt zur Schule gegangen. Meine Kollegin, die diese Familie betreut, benachrichtigte die Schule darüber, dass die Mutter dieser Kinder an Corona erkrankt sei und sofort ein Corona Test gemacht werden muss. Das Testergebnis war positiv. Die Familie entschied mit der Unterstützung der Kollegin, sich in Quarantäne zu begeben. Die Kollegin musste das Gesundheitsamt selbst kontaktieren.

Unser Verein hat einem älteren Einwanderer direkte Hilfe geleistet. Wäre diese Hilfe nicht geleistet worden, könnte die Person aus mangelnden Sprachkenntnissen sich mit niemandem verständigen und sich somit nicht selbst helfen oder helfen lassen können. Als die Person zum Arzt begleitet worden ist, musste sich diese mit weiteren Patienten im selben Raum aufhalten und warten. Es wurden keinerlei Vorsichtsmaßnahmen ergriffen.

Die Arzthelferinnen mussten sich erstmal selbst erkundigen, was in diesem Falle zu machen ist, wo man hingehen muss und wie man sich zu verhalten hat. Es wurde uns eine Telefonnummer gegeben. Nachdem wir diese Nummer angerufen haben, sollten wir das Gesundheitsamt ebenfalls kontaktieren. Da wir uns zu dieser Zeit in den gesetzlichen Feiertagen befanden, war natürlich niemand erreichbar.

Der Hausarzt konnte uns ebenfalls nicht ausreichend informieren und keine richtige Hilfe leisten. Wir sollten den Rettungsdienst rufen, da der Patient alt ist und an chronischen Erkrankungen leidet.

Alleinstehende Personen, insbesondere Migranten, die auf sich allein gestellt sind und niemanden

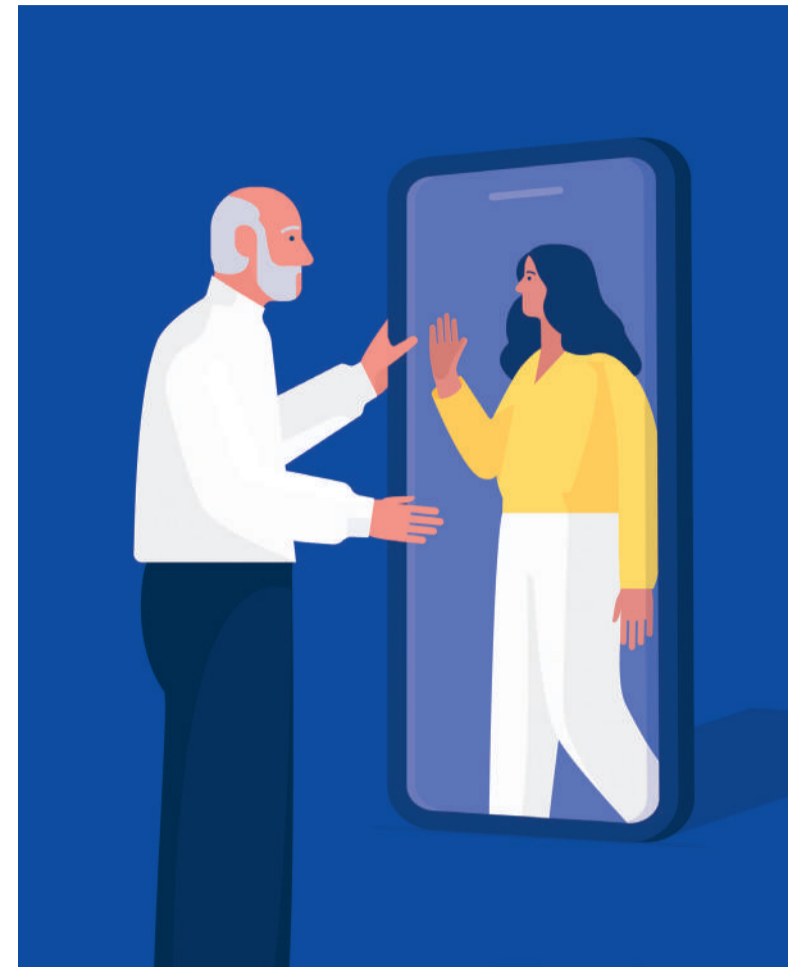
haben, werden einfach ihrem einsamen Schicksal überlassen. Als der Rettungsdienst eintraf, wurde seine Temperatur gemessen. Bei Atemnot sollte ein Krankenhaus aufgesucht werden. Die Körpertemperatur lag unter dem Normalwert, d. h. es lag eine Unterkühlung vor und dennoch wurde nichts unternommen. Das Gesundheitsamt hat sich nach den gesetzlichen Feiertagen gemeldet. Als die Situation dem Gesundheitsamt geschildert worden ist, wurde ein Krankenhausaufenthalt veranlasst.

Wir haben uns mit der Tochter einer Frau unterhalten, deren Mutter an Alzheimer erkrankt ist und sich im selben Haushalt befindet. Da die Kinder einer sozialpflichtigen Arbeit nachgingen, war es umso schwieriger, der an Alzheimer erkrankten Mutter das Corona Virus und die Erkrankung zu erklären. Es war sehr schwierig, ihr die Maßnahmen für einen Schutz zu erklären. Es war nicht leicht mit dieser Herausforderung zu leben. Die an Alzheimer erkrankte ältere türkische Migrantin konnte nicht einmal zu einer Tagespflege gebracht werden, da die notwendigen Sprachkenntnisse auch in diesem Falle nicht vorhanden waren.

Nachdem wir all diese und andere Beispiele analysiert haben, kamen wir zu der Erkenntnis, dass die Hausärzte eine sehr große und wichtige Rolle spielen.

Viele Migranten suchen sich explizit aufgrund von fehlenden Sprachkenntnissen, Ärzte mit Migrationshintergrund aus, um sich besser zu verständigen. Da die Ärzte jedoch die Patienten mittlerweile als Geldfluss ansehen und sich nicht wirklich für die Beschwerden interessieren, dauert eine Behandlung nur noch 1 bis 2 Minuten.

Der Staat sollte meiner Meinung nach die Kontrollen in den Arztpraxen verschärfen und die Ärzte über solche Verhaltensweisen besser aufklären. Es sollten über den Tag hinaus gesetzliche Patientenzahlen festgelegt werden, damit sich die Ärzte auch die Zeit nehmen sich um die Patienten zu kümmern und nicht schnell alle Patienten nach 1 bis 2-minütiger Behandlung entlassen und zum nächsten Patienten übergehen. Ältere Patienten mit chronischen Erkrankungen sollten alle 6 bis 7 Monate einen Termin zur Kontrolle bekommen.



Ältere Flüchtlinge/Schutzsuchende haben sich während der Pandemiezeit noch einsamer gefühlt als zuvor. Das Gefühl der Einsamkeit trifft natürlich auch auf ältere deutsche Bürger zu, die alleine wohnen oder in Seniorenheimen leben. In den Seniorenheimen wurden an Demenz leidende Senioren in ihren Zimmern eingesperrt, um sich nicht mit dem Virus anzustecken oder bei bereits vorliegender Erkrankung an COVID-19 nicht die anderen anzustecken. Nicht einmal das haben die älteren Menschen verstanden oder mitbekommen.

Auch die anderen älteren Bewohner der Pflegeeinrichtungen konnten keine Besuche empfangen und waren in ihren Zimmern gefangen. Sie sind vereinsamt. Die meisten sind aufgrund des Corona Virus allein, unter sich und ohne von jeglichen Familienmitgliedern Abschied nehmen zu können verstorben. Die meisten älteren dachten auch, dass Sie im zweiten Weltkrieg seien und sich vor Bomben im Keller verstecken müssten.

Wir haben ein Impfproblem vor uns. Auch in diesem Bereich

herrscht weiterhin Chaos. Da es kaum Impfstoffe gibt, werden die Impfstoffe von Biontech bevorzugt. Dieser Impfstoff garantiert einen 99%igen Schutz, während andere Impfstoffe einen Schutz von lediglich nur 70% aufweisen. Letzteres wurde von einigen abgelehnt. Bei vielen Informationen gab es ein Organisationsproblem.

Ja, das Gesundheitssystem ist nicht für solche außergewöhnliche Situationen in den in dem erforderlichen Maße organisiert. Man sollte zuerst damit anfangen.

Es muss eine Kampagne, die aus Solidarität und Hilfsbereitschaft besteht, gegründet werden. Eine gegenseitige Bindung von Gefühlen, Gedanken und gemeinsamen Interessen an diejenigen, die eine Gemeinschaft in unserer Gesellschaft bilden, sollte höchste Priorität haben.

In der Stadt sollte ein Solidaritätsnetzwerk aufgebaut werden, das alle umfasst und ein hohes Maß an Unterstützung anbietet.

*Internationales Frauencafé Dortmund e.V.
Dr. Gürsel Capanoglu*

EINE DEMENZFREUNDLICHE GESELLSCHAFT DEMANS DOSTU BİR TOPLUM



infrado
Internationales Frauencafé
Dortmund e.V.

"EINE DEMENZFREUNDLICHE GESELLSCHAFT"

Was ist Demenz? - Fakten im Überblick
In der Broschüre wird die Krankheit Demenz und ihre Symptome kurz erklärt. Der Schwerpunkt der Broschüre ist, ausführlich auf die Gründe und die Notwendigkeit der Schaffung einer demenzfreundlichen Gesellschaft einzugehen.

**Kostenfrei
31 Seiten, 2021**

Demans nedir? Genel bir bakış
Broşürde kısaca demans hastalığı hakkında bilgi verilmektedir. Broşürün ana odak noktasında; demans dostu bir toplumu yaratmanın nedenleri ve ihtiyacı ayrıntılı anlatılmaktadır.
Per e-Mail bestellen unter / sipariş için: g.capanoglu@vmdo.de

MIA - Servicestelle für Migrant*innen im Alter



Arbeitsverfahren des VMDO-Verband der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V. und Untersuchungen haben ergeben, dass ältere Migrant*innen seltener Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie zielgruppenspezifische Angebote in Anspruch nehmen als ältere Menschen ohne Migrationsgeschichte. Diese Zurückhaltung betrifft sowohl wohnortnahe Anlaufstellen und Beratungseinrichtungen wie z.B. Seniorenbüros und Begegnungszentren als auch die Inanspruchnahme von Sozialversicherungs- und Pflegedienstleistungen. Eine schlechtere Versorgung, größere

Belastungen für die Senior*innen und ihre Familien sowie soziale Isolation sind oftmals die Folge. Ziel des Projektes MIA ist es, für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte – insbesondere türkisch-, kurdisch- und arabischsprachige - die Zugänge zu bestehenden Hilfesystemen besser zu gestalten und eine kultursensible, bedarfsorientierte, ggf. muttersprachliche Beratung anzubieten.

Das Projekt MIA startete im Januar 2021. Der VMDO e.V. beschäftigt sich schon sehr lange mit diesem Thema. Seit 2019 verfügt es über die Koordinierungsstelle für

Demenz, die älteren Menschen mit Demenz mit Betreuungsangeboten hilft und ihre Familien unterstützt.

MIA hat eine drei jährige Projektlaufzeit. Sie setzt auf drei Ebenen an:

1. Eine Orientierungsberatung bietet sowohl an einem festen Standort als auch aufsuchend eine kultursensible Beratung an, die Zugänge zu Regelangeboten öffnet und den Weg dorthin weist.
2. Ein Begleitdienst aus Ehrenamtlichen wird aufgebaut.
3. Sensibilisierung und Qualifizierung

von Ehrenamtlichen und Multiplikator*innen: Aktive in Migrantenorganisationen werden quasi als Brückenbauer/Botschafter für das Thema Alter, spezifische Hilfsangebote sowie Zugänge für Migrant*innen zu bestehenden Hilfesystemen sensibilisiert und qualifiziert.

Festzustellen ist, dass ältere Migrant*innen mit ähnlichen Herausforderungen im Alter konfrontiert sind wie einheimische Ältere. Allerdings ist ihre Situation zugleich in besonderer Weise durch soziale Benachteiligungen - oftmals Mehrfachbenachteiligungen - und soziale Ungleichheit geprägt. Gleichzeitig verfügen sie über geringere Ressourcen, um den Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Gründe für Benachteiligungen und besondere gesundheitliche Risiken sind in den jeweiligen Migrations- und

Erwerbsbiographien zu finden. Zahlreiche der heute älteren Migrant*innen erlebten physisch und psychisch belastende Arbeits- und Lebensbedingungen, u.a. durch oftmals un- und angelernte Tätigkeiten, ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko, Diskriminierungs- und Traumatisierungserfahrungen, eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten, Trennungserfahrungen.

Mit dem Projekt MIA, verfolgt der VMDO das Ziel den Zugang zu bereits existierenden Hilfesystemen und -angeboten für ältere Dortmunder*innen mit Migrationshintergrund zu verbessern sowie für ihre Angehörige passende Beratungs- und Unterstützungsangebote bereitzustellen. Es geht darum die betroffenen Menschen in die Lage zu versetzen, spezifische Gesundheits- und Pflegedienstleistungen in Anspruch zu nehmen, zu denen bislang aus diversen Gründen die Zugänge

bzw. Informationen fehlen. Dadurch werden Senior*innen mit Migrationshintergrund und ihre Familien entlastet, der Alltag wird erleichtert und die Lebensqualität verbessert sich. Sozialer Vereinsamung wird entgegenge wirkt. Das Angebot ist ein vorgelagertes Angebot und stellt eine Ergänzung dar, wodurch die Wirksamkeit existierender Angebote verstärkt wird. Damit sollen diejenigen Senior*innen und ihre Angehörigen unterstützt werden, die bislang nicht erreicht werden können.

Das Projekt wird gefördert von der Stiftung Deutsches Hilfswerk

Ansprechpersonen sind:

Dr. Gürsel Capanoglu,
Şaziye Altundal-Köse,
Haus der Vielfalt
Beuthstr.21, 44147 Dortmund
E-Mail: g.capanoglu@vmdo.de
Tel: 0231 286 787 55
Mobil: 0177 6058885

Kanal voll: Viele neue Talks und Interviews aus dem Keuning.haus online



Aladin El-Mafaalani im Gespräch mit Steffen Kanitz

Foto: DKH

Das Keuning.haus ist nach wie vor geschlossen – doch im Youtube-Kanal „Keuninghaus to Go“ ist viel passiert. Gleich mehrere eigentlich live geplante Talks und Interviews sind in den vergangenen Wochen gefilmt und eingestellt worden. Ein Überblick:

Talk im DKH zum Atommüll

Wie können wir in Deutschland ein Endlager für radioaktiven Müll finden? In der neuesten Ausgabe des „Talk im DKH“ begrüßt Moderator und Soziologe Aladin El-Mafaalani den CDU-Politiker und Dortmunder Steffen Kanitz. Kanitz ist Mitglied der Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung und daher mit zuständig für Standortauswahl, Produktkontrolle, IT, Forschung und Entwicklung sowie Wissensmanagement.

Jubiläums-Talk im DKH mit Lamy Kaddor

Die erfolgreiche Reihe „Talk im DKH“ besteht inzwischen schon seit fünf Jahren, in denen es 40 Veranstaltungen mit mehr als 70 Gäst*innen gab. Allererste Talk-Partnerin war damals Lamy Kaddor, Islamwissenschaftlerin, Autorin, Forscherin, Kolumnistin und inzwischen Bundestagskandidatin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Anlässlich des Jubiläums war sie noch einmal eingeladen und sprach mit El-Mafaalani u.a. über den Islam in Deutschland, Religionsunterricht, ihre Diskriminierungsforschung an der Universität Duisburg-Essen und ihre politischen Ambitionen.

Interview mit dem neuen Musikschulleiter

Seit Januar 2021 hat die Musikschule Dortmund einen neuen Leiter: Stefan Prophet. Der 49-Jährige war zuvor Leiter der Musikschule in Recklinghausen. Im Interview mit Aida Demirović-Krebs kann man ihn noch besser kennenlernen.

Mensch! Frau*! Inspirationen zum Weltfrauentag

Vier Fragen, 16 Frauen, diverse Perspektiven und jede Menge Power: Vor der Kamera beantworteten ganz unterschiedliche Frauen spontan gestellte Fragen.

Alle Videos im Youtube-Kanal „Keuninghaus to Go“ *DKH*

„Wohnen für Menschen statt für Profite – Sicheres Zuhause für alle!“

Aktionstag „Wohnen für Menschen statt für Profite – Sicheres Zuhause für alle!“

Der deutsche Wohnungsmarkt ist zunehmend von Kapitalisierung und Gewinnmaximierung geprägt. In Dortmund sind die Wohnanlage Hannibal II in Dorstfeld und das „Horrorhaus“ in der Kielstraße 26 Negativbeispiele für Spekulation am Wohnungsmarkt. Der Hannibal wurde jüngst weiterverkauft, statt saniert. Das Hochhaus Kielstraße 26 lässt die Stadt Dortmund mit Fördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen abreißen.

Gleichzeitig steigen in den bewohnten Wohnungen die Mieten. Im Zuge des neuen Dortmunder Mietspiegels erhöhen viele Vermieter*innen erneut die Miete, oft auch unrechtmäßig hoch. So verlangte der Vermieter der Wohnungen in der Westhoffstr. 11

von den Mieter*innen einen Aufschlag für „Dortmund Mitte“. Diese knapp 50 € mehr pro Monat sind unzulässig, da für die Nordstadt kein solcher Aufschlag anzurechnen ist. Verwaltet werden die Wohnungen durch die Firma Strabag Property and Facility Services GmbH im Auftrag der Eigentümerin Swiss Life-Gruppe.

Noch immer stecken Dortmunder Immobilien im Karussell der Wohnungsverkäufe fest, mit negativen Folgen für die Mieter*innen. Denn die neuen Eigentümer*innen scheinen die Wohnungen häufig nicht ausreichend genug zu kennen bevor sie diese kaufen. Daher fordern der Planerladen e.V. und der Mieterverein Dortmund und Umgebung e.V. die Bundesregierung auf, einen

Fonds zum Mietschuldenerlass aufzulegen und eine humane, bezahlbare Mietenpolitik zu verfolgen! Die Stadt Dortmund wird aufgefordert, über eigenen, kommunalen, geförderten Wohnungsbau und eine sozialgerechte Bodenpolitik den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Zudem stehen wir für ein Ende der diskriminierenden Vermietungspraxen auf dem Wohnungsmarkt ein und fordern eine Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), um Betroffenen eine wirkliche Handhabung gegen Diskriminierung zu ermöglichen. Es gilt, diese Erkenntnisse zu nutzen die strukturellen Ungleichheiten zu bekämpfen! **Denn: Die Stadt gehört uns allen!** *Planerladen e.V.*

Rassismus in den Medien - ein einführender Workshop

In Kooperation mit dem Institut DINX, hat CHANCENGLEICH in Europa e.V. einen Online-Workshop zum Thema „Wo finden wir Rassismus in (Bild-)Sprache in Medien? Einführung in einen rassistisch-kritischen Medienkonsum“ durchgeführt.

Neben einem Exkurs in die Definition von Rassismus sowie interessantem Input, haben die rund 20 Teilnehmer*innen zahlreiche konkrete Beispiele aus Print und Medien kennengelernt, in denen rassistische und diskriminierende Formen ersichtlich waren. So ging es konkret um die Macht der Sprache und Bilder, welche Rassismen darin erkennbar sind und welche Wirkungen sie erzeugen. Handlungen wie Brown- und Blackfacing, Whitewashing sowie die kulturelle Aneignung von Sym-



bolden marginalisierten Gruppen, sind nur einige Beispiele, die wir häufig in Medien finden und als rassistisch zu bezeichnen sind. Das Trainerinnen Duo des Institut DINX hat bewusst auf die Reproduktion von diskriminierenden Inhalten verzichtet bzw. diese vor-

her angekündigt. Ebenfalls wichtig war es ihnen, den Workshop aus der Betroffenen sowie Nicht-Betroffenen Perspektive durchzuführen, um so einen vielfältigen Ansatz zu gewährleisten.

Der Workshop hat den Teilnehmenden einen sehr eindrucksvollen Einblick in dieses umfangreiche Thema ermöglicht und sie für einen rassistisch-kritischen Blick auf Medieninhalte sensibilisiert.

Am 28. und 29.04.2021 geht es weiter mit einem Online-Workshop zum Thema „Hate Speech“. Bei Interesse, melden Sie sich gerne unter a.wahle@ch-eu *Chancengleich in Europa e.V.*

Die Querdenker

Ich saß in der Küche am Fenster und schaute hinaus auf die leeren Straßen. Plötzlich hörte ich Lautsprecheransagen, die mich zuerst beängstigten. Da es schon spät abends war dachte ich, dass es Durchsagen waren, die vor einer Katastrophe warnen sollten. Als ich genauer hinhörte, erkannte ich, dass es sich um eine sogenannte „Querdenken Demo“ handeln musste. Daraufhin ging ich herunter um mir das Geschehen aus der Distanz anzusehen und war erschüttert über das, was ich sah und hörte.

Eigentlich ist das Querdenken eine umgangssprachliche Bezeichnung für laterales Denken, manchmal auch nichtlineares Denken genannt. Die größten Wissenschaftler der Geschichte waren Querdenker, die oftmals zu Lebzeiten für ihre Ansichten belächelt wurden und denen wir heute viele Jahre später vieles verdanken. Umso bedenklicher und eigentlich auch anmaßend, dass sich die Gegner der Coronamaßnahmen dieses Begriffes bedienen, war der Begriff doch eigentlich bis vor kurzem noch positiv konnotiert und ist es zu bezweifeln, dass den sogenannten Querdenkern in einigen Jahren der gleiche Ruhm zu Teil wird wie Galilei, Edison, Einstein und Co. Dabei setzt sich die besagte Bewegung aus Menschen unterschiedlichster sozialer und politischer Gruppen zusammen. Wutbürger, Verschwörungstheoretiker, Antikapitalisten, religiöse Fundamentalisten und rechte Trittbrettfahrer, die die Demonstrationen nutzen, um ihre rechten Ideologien zu verbreiten, gehen gemeinsam auf die Straße. Dabei verstärkt sich der Einfluss der Rechten bei der Mitbestimmung und Planung der Demos. „Querdenken“-Anführer Michael Ballhaus trifft sich mit Reichsbürgern zu Strategietreffen. Angehörige rechtsextremer Gruppierungen, wie der „III. Weg“ bekunden, dass



sie seit langem nicht mehr eine so große Plattform hatten ihr rechtes Gedankengut zu verbreiten. Dabei stoßen sie kaum auf Gegenwehr. Es ist sehr bedenklich, dass sich die bürgerlichen Demonstrierenden nicht von den Rechtspopulisten abgrenzen. Ralf Ludwig, Anwalt und „Querdenken“ Wortführer, begrüßt gar die Teilnahme von Rechtsextremen. Er argumentiert, dass es antifaschistisch sei, wenn Rechts-extreme für Freiheit und Demokratie demonstrieren. Das Stuttgarter „Querdenken711“ ist bereits vom Verfassungsschutz als Beobachtungsobjekt eingestuft, da es laut des selbigen sowohl personell, als auch ideologisch von Reichsbürgern und Rechtsextremen geprägt sei. Mit ihnen zu diskutieren ist schwierig, weil sie oftmals wissenschaftliche Fakten als solche dementieren und als politische Propaganda deklarieren. Gerade Menschen mit einer Sprachbarriere fällt es schwer zwischen Verschwörungstheorien und Fakten zu unterscheiden. Es ist wichtig die Quellen von Informationen zu hinterfragen und sie auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Auf der Internetseite der Stadt Dortmund, sind wichtige Informationen zu dem Pandemiegeschehen und den damit verbundenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie aufgeführt.

Laut der sogenannten Querdenker sind die Coronamaßnahmen ein Eingriff in die Menschenrechte. Das ist korrekt, allerdings steht ebenfalls im deutschen Grundgesetz, dass

jeder das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hat. Um dies zu gewährleisten, ist es manchmal in Zeiten einer Pandemie unumgänglich, die Freiheit des Einzelnen durch Maßnahmen einzuschränken. Oder wie Matthias Claudius schon vor etwa 200 Jahren formulierte:

„Die Freiheit besteht darin, dass man alles das tun kann, was einem anderen nicht schadet“. Indem sich viele von Ihnen aber nicht an die Hygieneregeln halten, riskieren sie das Recht anderer auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Sie fordern das Recht ein, anderer Meinung zu sein und werden gar nicht daran gehindert diese kundzutun. Wenn ich Bilder aus einer Straßenbahn sehe, in der Coronaleugner versuchen ein Mädchen dazu zu drängen ihre Maske abzunehmen und sie somit in ihrer Freiheit einschränken, habe ich aber das Gefühl, dass sie nur ihre eigene Meinung zulassen. Besonders Menschen, die Angehörige durch die Pandemie verloren haben, fühlen sich verhöhnt. Sie sind wütend und traurig, dass es immer noch Menschen gibt, die Covid-19 leugnen oder verharmlosen.

Paradox ist, dass die Querdenker diesen Staat als Diktatur bezeichnen, obwohl sie selbst diktatorische Forderungen haben.

Wenn Sie neugierig sind und bei einer Demonstration zusehen wollen, halten Sie bitte Abstand, denn sonst werden Sie als Teilnehmer mitgezählt und tragen somit dazu bei, dass die Gruppe größer gemacht wird, als sie ist. Um der wieder stark wachsenden Zahl von Neuinfektionen entgegenzuwirken, möchte ich gerne an alle Leser appellieren, den Virus ernst zu nehmen und weiterhin Masken zu tragen, Abstand zu halten und die Kontakte zu beschränken.

Vedat Akkaya

Sammelabschiebung nach Sri Lanka

21 Menschen, soweit wir wissen, wurden am Abend des 30. März von Düsseldorf aus nach Sri Lanka abgeschoben. Davon 20 aus NRW. Die erste Sammelabschiebung nach Sri Lanka überhaupt. Und das in einem besonderen Moment: Gerade hat der UN-Menschenrechtsrat in Genf auf seiner 46. Sit-



Foto: Premala Waradarajah

zung Sri Lanka die äußerst besorgniserregende Menschenrechtsslage in dem Land kritisiert. Sri Lanka wurde dringend aufgefordert, mit der UN bei der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und der über 146 000 Vermissten aus den letzten Tagen des Krieges 2009 zusammenzuarbeiten. Dass es nicht zu einer Resolution mit Sanktionsandrohungen gereicht hat, ist vor allem der bremsenden Außenpolitik Deutschlands zu verdanken. Sonst immer an führender Stelle bei der Verurteilung von Menschenrechten weltweit, beobachten wir leider zu Sri Lanka äußerste Zurückhaltung. Es musste von den Vertreter*innen anderer westlicher Staaten eine Menge Überzeugungsarbeit geleistet werden, dass die deutsche Vertretung

dieser Resolution überhaupt zugestimmt hat. Im Gegenteil, die Regierungsposition, dass es immer nur um angebliche „Terrorismusbekämpfung“ geht, wird von Deutschland sehr gerne übernommen. So wurde dem für Folter berechtigten Geheimdienst CID mal eben 1 Mill. US-Dollar zur „Terrorbekämpfung“ geschenkt. Insofern könnte die Sammelabschiebung nach Sri Lanka auch als eine Reaktion oder Warnung der deutschen Politik an tamilische Organisationen zu verstehen sein, die Regierung Sri Lankas nicht länger öffentlich zu brandmarken. Aber urteilen Sie selbst: Am 24. März 2021 wurde der 36-jährige Ratheeswaran Thangavadi in die Ausländerbehörde Oberhausen-Sterkrade bestellt, um seine Verdienstbescheinigungen,

seinen Arbeitsvertrag und sein Aufenthaltsdokument (Duldung) vorzuzeigen.

Als er in der Behörde erschien, wurde er kurzerhand verhaftet und umgehend in das Abschiebgefängnis nach

Büren gebracht. Dort traf er auf weitere Festgenommene.

Ratheeswaran Thangavadi lebt seit 2016 in Oberhausen. Seit 2017 besitzt er eine Arbeitserlaubnis und seit Juli 2020 einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

„Ich finde es empörend, eine Person zu einem regulären Termin zu bestellen und dann zu verhaften“, beschwert sich Yusuf Karacelik, Vorsitzender der Stadtratsfraktion Die LINKE. Liste in Oberhausen.

„Nicht nur, dass er alle rechtlichen Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufenthalt ohnehin erfüllt spricht dafür, ihn unverzüglich nach Oberhausen zurück zu bringen. Wir fordern eine sofortige Rückführung nach Deutschland und einen Abschiebestopp in den Foiliterstaat Sri Lanka...“

Ahilan Varatharajah

Abschiebung von Geflüchteten aus Guinea in NRW

Seit mehreren Monaten hält sich wiederholt eine Kommission aus Guinea im Bundesland Nordrhein-Westfalen auf. Sinn und Zweck dieser Delegation ist es, im Auftrag deutscher Behörden, Geflüchtete, die angegeben haben aus Guinea zu stammen, zu identifizieren und ihnen Passersatzpapiere auszustellen. Somit können die deutschen Behörden im Anschluss die Abschiebungen ohne Probleme einleiten. Die Anhörungen finden seit Mitte des Monats Oktober 2020 in der ZABessen statt.

In Vorladungen von Flüchtlingen zu diesen Vorführungen heißt es, dass es sich bei der Delegation um "Botschaftsangehörige" bzw. um eine Expertenkommission handelt. Das ist allerdings sehr zweifelhaft, da die Delegation, deren Legitimation äußerst fragwürdig ist, direkt aus Guinea anreist - die Flüchtlinge werden also auch noch unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einbestellt. Dazu kommt, dass die Mitglieder der Delegation wahrscheinlich eine "pro Kopf" Bezahlung für jedes ausgestellte Passersatzpapier bekommen, zusätzlich zu Kost und Logie und Kostenübernahme ihrer höchstpersönlichen Freizeitaktivitäten.

Jedoch urteilte das Verwaltungsgericht Bremen am 03.01.06 in einer leider erst nachträglich ergangenen Entscheidung. (AZ 4 V 2731/05).

Und entgegen der Aussage der jetzigen guineischen Regierung, Guinea ist kein "sicheres Land" und bleibt somit, eine Gefährdung für dorthin abgeschobene Flüchtlinge.

Es gibt dort nämlich „gravierende Defizite“ bei der „Menschenrechtslage“.

Es ist seit Jahren gravierende Rückschritte im Demokratisierungsprozess wie fehlende Unabhängigkeit der Justiz, Straflosigkeit für Menschenrechtsübergreifende staatlicher Stellen, willkürliche Verhaftungen, Folter, Behinderungen der Oppo-

sitionsparteien, Unterdrückung der Pressefreiheit, ...“ zu beobachten.

Berichte über willkürliche Übergriffe gegen Zivilisten und Demonstrationen, ethnische Auseinandersetzungen oder exzessive Gewaltanwendung von Sicherheitskräften sind alarmierend. Straflosigkeit für die jeweiligen Täter ist weit verbreitet. Präsident Condé, der die Verfassung am 22.03.20 änderte, um sich somit an der Macht zu verewigen, foltert, unterjocht seit Oktober 2019 Mitglieder der Zivilgesellschaft des bestehenden Bündnis FNDC.

Laut Berichten von Amnesty International oder OGDH (die guineische Menschenrechtsorganisation) sind seit Oktober 2020 mehr als 50 Menschen während Protesten gegen die Verfassungsänderung ermordet worden. Mehr als 300 Oppositionspolitiker sitzen seitdem im Gefängnis. Zudem sind seit Anfang des Jahres 4 politische Gefangenen aufgrund der menschenunwürdigen Zustände und wegen Folterungen gestorben.

Nun ist auch noch Ebola in das Land zurückgekehrt. Nach mehreren bestätigten Ebola-Fällen spricht die Gesundheitsbehörde des Landes bereits von einer "Epidemie. Es gebe bereits sieben bestätigte Fälle, davon endeten schon drei tödlich.

Bei dem schweren Ebola-Ausbruch in Guinea bis zum Jahr 2016 waren rund 2500 Menschen an der Viruskrankheit gestorben. Der Gesundheitsminister erklärte, er sei sehr besorgt. Ein Heilmittel gibt es zu dem nicht.

Die NRW-Landesregierung rechtfertigt ungeachtet dessen Ihren Abschiebungskurs damit, dass die ominöse guineische Delegation Abschiebepapiere für Menschen aus Guinea ausstellen soll. Dass die „Vorführungen“ bei der Delegation, die damit zum Teil einhergehende Polizeigewalt und die dort ausgestellten Papiere rechtlich höchst fragwürdig sind, wird von der Landesregierung überhaupt nicht problematisiert. Es wird sogar Menschen mit Behinderung oder Geduldeten die ansehnlichen Depressionen leiden abgeschoben. Ein junger Namens Amadou Tidiane Diallo, der seit Wochen in Abschiebehaft sitzt und laut unseren Recherchen sehr krank ist, soll laut Angaben der Inhaftierten in Büren versucht haben, seine Zelle in Brand zu setzen. Laut Angaben der Geduldeten, die aktuell in Abschiebehaft in Büren sitzen, ist das Gefängnis nichts weiter als ein Ort der Folterungen und der Diskriminierung.

Außerdem ist die aktuelle Vorgehensweise eines Rechtsstaats wie der Bundesrepublik Deutschland nicht hinnehmbar.

Denn die Menschen, die in die

Bundesrepublik flüchten, machen es aus vielerlei Beweggründen: weil sie wegen ihrer Herkunft, Religion oder Ansichten politisch verfolgt werden, weil in ihren Heimatländern ethnische Konflikte herrschen, oder weil sie sich in Deutschland eine bessere Zukunft erhoffen.

Zudem steht fest, dass viele Geflüchtete, die von der zwangsweisen Vorführung betroffen sind, derzeit eine Ausbildung absolvieren oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben. Manche unter ihnen haben sogar ihre Identität im Zuge des neuen Migrationsgesetzes geklärt.

Daher fragen wir uns nach Sinn und Zweck der zwangsweisen Vorführung dieser Menschen und protestieren gegen die Einladung der Delegation aus Guinea, wir fordern die Landesregierung auf, die Praxis solcher Vorführungen sofort zu beenden.

Wir fordern eine von Stichtagen und Schulnoten unabhängige Bleiberechtsregelung nach humanitären Gesichtspunkten, die Abschaffung der Abschiebepapiere und einen erleichterten Zugang zur Härtefallkommission.

Aissatou Cherif Baldé
Erste Vorstandsvorsitzende
Guinée-Solidaire-Organisation e. V.
Kontakt: 015124601142
Email: bcheriff@hotmail.com

IBB e.V. bietet neue Schulungen zu den Themen Migration und Integration



IBB
Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

Neue Angebote zur Weiterbildung im Themenfeld Migration und Integration unterbreitet das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk e.V. in Dortmund in zwei neuen Projektlinien: Zielgruppe sind Menschen, die in ihrem beruflichen Umfeld Geflüchteten bzw. (Neu-) Zugewanderten begegnen und ihre interkulturellen Kompetenzen verbessern möchten.

„fokus4–Fortbildungen kultursensibel“ vermittelt als Fortsetzung des bewährten fokus3-Projekts erneut Grund- und Aufbauwissen zum Themenfeld Migration für Haupt- und Ehrenamtliche in der Sozialen Arbeit, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich sowie an Fachkräfte aus Ordnungs- und Sicherheitsbehörden. Vorträge, verschiedene Seminarformate in einer Kombination aus Präsenz- und Online-Schulungen sowie zwei Fachtagungen sind in Vorbereitung. Das Angebot umfasst auch Organisationsberatungen on demand. Vermittelt werden hier Strategien zur Entwicklung einer kultursensiblen bzw.

migrant*innenfreundlichen Angebotsstruktur sowie geeigneter Fortbildungscurricula zum Themenfeld Integration und Migration.

Das neue Projekt „netcoops – europäische Fortbildung für Asylverfahrensbeteiligte“ richtet sich speziell an Mitarbeitende in Sozial- und Ausländerämtern sowie von Polizei, Grenzschutz und Justiz, die

hoheitliche Aufgaben im Zusammenhang mit Asylgewährung wahrnehmen. Durch Online- und Präsenz-Seminare, binationale Kooperationsstreffen als Fachkräfteaustausch und eine multilaterale Abschlussstagung soll ein europaweites Netzwerk geknüpft und kultursensibel geschult werden. Ziele sind die Vertiefung des Dialogs zwischen Verfahrensbeteiligten und die Optimierung interkultureller Kommunikation mit Geflüchteten.

Die beiden neuen Projektlinien, bis September 2022 aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU gefördert, wurden beim Fach- und Vernetzungstag **Inklud:Mi** zum Auftakt des Projektes **fokus4** im Januar 2021 erstmals vorgestellt. Die Teilnahme an den Seminaren beider Projekte ist kostenlos. Interessierte können sich ab sofort formlos per E-Mail an fokus@ibb-d.de bzw. netcoops@ibb-d.de an das IBB e.V. wenden und ihren Fortbildungsbedarf beschreiben. Weitere Informationen unter www.ibb-d.de.

Virtuelles Fachforum – Migrantische Ökonomie



Das zweite Fachforum „Migrantische Ökonomie. Digital und gut vernetzt durch die Krise“, gemeinsam ausgerichtet vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, fand in diesem Jahr Mitte März virtuell statt.

Ziel des Fachgesprächs war es, anhand aktueller Studien eine Übersicht zu Chancen und Herausforderungen migrantischer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu geben: erstens im Vergleich mit anderen Bundesländern und zweitens in den verschiedenen Wirtschaftsregionen des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier wurden verschiedene Studien dargestellt wie beispielsweise vom Institut für Mittelstandsforschung, Bonn oder der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

In den anschließenden Workshops wurden effektive Strategien zur Unterstützung migrantischer Unternehmen unter den Bedingungen der Corona-Pandemie erarbeitet. Dazu gehört beispielsweise der

Ansatz der „Entrepreneurship Education“, der im Rahmen des Workshops „Migrantische Ökonomie stärken“ durch Armin Baharian und Natalia Gorynia-Pfefferanhand von Daten aus dem Global Entrepreneurship Monitor (GEM)2019/20 dargestellt wurde.

Es zeigte sich, dass Deutschland bei Entrepreneurship Education an Schulen und Hochschulen in den letzten Jahren aufgeholt hat. Die im Zeitverlauf ansteigende Anzahl von Gründungs- bzw. Entrepreneurship-Professuren deutet darauf hin, dass das Thema „Gründung“ an immer mehr Hochschulen in Forschung, Lehre und Transfer aufgegriffen wird. Aktuell beläuft sich die Zahl dieser Einrichtungen an bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen (FH) auf 148 Professuren/Professoren (inkl. Honorarprofessoren).

Einen besonderen Stellenwert hat in Deutschland das EXIST-Programm. Gegründet 1998 als Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), soll es Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen fördern. Neben der Förderung von Ausgründungen unterstützt EXIST

auch bei einzelnen Gründungsvorhaben mit dem EXIST-Gründerstipendium und dem EXIST-Forschungstransfer. Darüber hinaus unterstützt EXIST auch Hochschulen beim Aufbau

einer ganzheitlichen Gründungskultur.

Trotz der voranschreitenden Verbesserungen im Bereich Entrepreneurship Education in Deutschland gibt es immer noch Chancenpotenziale – sowohl an den Hochschulen als auch in den Schulen. Im Vergleich zu den anderen 33 GEM-Ländern mit hohem Einkommen belegt Deutschland einen mittleren (in Bezug auf die Hochschulen) oder gar hinteren Platz (in Bezug auf die Schulen). Gleichzeitig gibt es in Deutschland viele gute Angebote, wie die Initiative „Unternehmergeist in die Schulen“ mit über 40 Initiativen unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), um Jugendlichen unternehmerische Kompetenzen näherzubringen. Eins steht fest: Entrepreneurship Education ist ein wesentlicher Baustein zur Etablierung einer nachhaltigen Gründungskultur in Deutschland. Die Vermittlung von Entrepreneurship-Kompetenzen kommt jungen Menschen – unabhängig davon, ob sie in oder außerhalb von Deutschland geboren wurden, zu gute.

Dr. Natalia Gorynia-Pfeffer,
Armin Baharian



Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Dortmund
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse
44135 Dortmund
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30
dortmund@paritaet-nrw.org
www.dortmund.paritaet-nrw.org

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztags und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

Gedenken zum 15. Todestag von Mehmet Kubaşık

Oberbürgermeister Thomas Westphal und Bündnis "Tag der Solidarität/Kein Schlusstrich" erinnern an den Anschlag des NSU



Stilles Gedenken: Witwe Elif Kubaşık, Oberbürgermeister Thomas Westphal, Tochter Gamze Kubaşık (v.l.n.r.)

Fotos: J.Abolnikov

2006 wurde der bei vielen beliebte Kioskbetreiber Mehmet Kubaşık von Neonazis des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) in seinem Kiosk in der Dortmunder Mallinckrodtstraße erschossen. Am 4. April jährte sich dieser Mord nun zum 15. Mal. Die Stadt Dortmund in Person des Oberbürgermeisters hat jedes Jahr gemeinsam mit Familie Kubaşık ein Stilles Gedenken an der Mallinckrodtstraße abgehalten. Diese stille Form des Gedenkens wurde - gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen pandemischen Situation - auch in diesem Jahr und unter Einhaltung der Corona-Regeln durchgeführt. Elif und Gamze Kubaşık sagten: „Es freut uns, dass das stille Gedenken, das unser Oberbürgermeister a.D. Ullrich Sierau die letzten Jahre gemeinsam mit uns gepflegt hat, auch von unserem jetzigen Oberbürgermeister Thomas Westphal fortgesetzt

wird. Bei ihnen beiden möchten wir uns dafür bedanken. Wir als Familie werden - neben der Erinnerung - immer auch mahnen und uns für Aufklärung und gegen Rechts einsetzen. Es ist gut und wichtig, dass wir dabei die Stadt an unserer Seite wissen.“ Oberbürgermeister Thomas Westphal sagte: „Der Rechtsextremismus ist keine abstrakte Bedrohung in diesem Land. Wir denken an die Opfer rechten Terrors, an ihre Familien, die Hinterbliebenen und deren Leid. Auch heute sind wir bei den Menschen, die diesen Verlust gespürt haben und mit ihm umgehen müssen. Wir werden zudem wachsam sein und weiter als Dortmunder und Dortmunderinnen gegen rechtsextremistische Tendenzen angehen und die Erinnerung an Mehmet Kubaşık wachhalten. Auch das zeichnet den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt aus.“



An Ostersonntag, den 4.4., um 14 Uhr fand am NSU-Mahmal an der Steinstraße – unweit des Nordausgangs des Hauptbahnhofs – eine Kundgebung statt. 250 Menschen nahmen teil. Damit wurde der Forderung nach Aufklärung, Erinnerung und Konsequenzen Ausdruck verliehen. Für den Vorstand des VMDO gab Kalainithy Shabesan ein Statement ab.

Mit dem Ende des NSU-Prozesses im Sommer 2018 wurde die Botschaft vermittelt, der NSU sei Geschichte. Von staatlicher Seite ist erstmal keine weitere Aufdeckung und Aufklärung zu erwarten. Dabei sind zentrale Fragen ungeklärt. Die Geheimdienste mauern. Täglich werden rechte Anschläge verübt. Immer noch werden neue Informationen zu rechten Netzwerken und rechten Umtrieben innerhalb von Polizeiapparaten bekannt. Das NRW-Innenministerium zählte in den letzten Jahren 186 Verdachtsfälle bei der Polizei in NRW, 14 davon in Dortmund, 50 in Essen, wovon der Skandal um rechte Chatgruppen

seinen Anfang genommen hatte. Das Bündnis Tag der Solidarität/Kein Schlusstrich Dortmund unterstützt die Familie Kubaşık in ihren Forderungen nach Aufklärung und Konsequenzen. Seit Jahren fordern sie weitere lokale Ermittlungen, gerade in Dortmund. Ihren Forderungen schließt sich das Bündnis nach wie vor an, denn sie sind angesichts der tödlichen Gefahr rechten Terrors und der Enttarnung von Nazis in der Polizei aktueller denn je. Das Bündnis wehrt sich gegen die nicht enden wollende Verharmlosung und Vertuschung extrem rechter Verbrechen und des Rassismus' in der Gesellschaft. Dabei darf niemals vergessen werden: Rassismus tötet. Vor diesem Hintergrund solidarisierte sich das Bündnis mit den Angehörigen der Mordopfer und allen Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. (Audio-) Botschaften kamen von den Initiativen aus Duisburg, Frankfurt, Hamburg und Berlin.

ECHO/Bündnis Tag der Solidarität

Trauer, Wut und Widerstand



Antirassistische Initiativen und Gedenkpolitik

Mit dieser Broschüre möchte das Bündnis "Tag der Solidarität – Kein Schlusstrich Dortmund" einige der antirassistischen Initiativen und Bündnisse in Deutschland vorstellen. Ihr Engagement hat viele Gemeinsamkeiten: Sie halten das Gedenken an die Betroffenen aufrecht, solidarisieren sich mit den Opfern rechter Gewalt und ihren Angehörigen, fordern Aufklärung und Konsequenzen. Sie gründeten sich in Reaktion auf passive staatliche Behörden bzw. aktive Vertuschungsversuche (des institutionellen Rassismus), schaffen Raum für Selbstermächtigung der Opfer, Betroffenen und

Unterstützer*innen. Sie fordern Aufklärung – denn ohne dieses Engagement wären der Mord an Oury Jalloh (S.49) der am 7. Januar 2005 in Dessau im Polizeigefängnis ums Leben kam, oder der Tod von Amed Ahmad (S.66), der am 29. September 2018 an den Folgen eines Brandes in einer Zelle in der Justizvollzugsanstalt Kleve starb, in Vergessenheit geraten. Sie zeigen den Angehörigen und den Betroffenen, dass sie nicht alleine sind.

Die Broschüre steht hier zum Download zur Verfügung: <https://tagdersolidaritaet.wordpress.com>

Vor 60 und vor 80 Jahren

Am Schreibtisch entworfen: der Holocaust

Vor 60 Jahren, im April 1961 steht in Jerusalem Adolf Eichmann vor Gericht. Er war als SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Judenreferats“ im Nazi-Staat einer der Haupttäter des Völkermords an den europäischen Juden. Er hatte nach 1945 zunächst in Deutschland und dann in Buenos Aires untertauchen können.

Die Anhörung der Zeuginnen und Zeugen im Prozess dokumentierte erstmals öffentlich in beklemmender Weise die Kälte und Brutalität der Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager und die erbarmungslose Maschinerie des Mordens. Für viele der Millionen Menschen, die in Israel und weit darüber hinaus am Radio den übertragenen Prozess verfolgten, war dies fast unerträglich, ging es doch um ihre Eltern, ihre Brüder und Schwestern, ihre Freunde.

Eichmann, der sich immer wieder rechtfertigend auf seinen damaligen Dienstbezog, erläuterte die generalstabsmäßige und detaillierte logistische und technische Planung der Deportationen und der Vernichtung. Die politische Philosophin Hannah Arendt, aus Deutschland geflohen und im Exil in den USA lebend, beobachtete in Jerusalem Eichmann und sprach anschließend von der „Banalität des Bösen“. Originalaufnahmen, Zeugen- und Hörerreaktionen der damaligen Rundfunkübertragung sind dokumentiert in einem Hörspiel „Adolf Eichmann.



Ein Hörprozess“

Vor 80 Jahren, im Jahr 1941 konkretisiert die Nazi-Führung die Planungen für den Völkermord an den Juden, das, was sie selbst verharmlosend „Die Endlösung der Judenfrage“ nannten. Erste Planungspapiere wurden von Eichmann und anderen schon 1940 verfasst. Die staatliche Judenverfolgung – schon 1933 begonnen und sich von Jahr zu Jahr verschärfend- eskalierte mit dem Überfall auf die Sowjetunion. Einsatztruppen begannen dort mit systematischen Massenerschießungen jüdischer Männer. Die Deportationen vor allem aus dem besetzten Polen begannen. Ende 1941 wurden im Lager Auschwitz I erstmals Menschen mit Zyklon B vergast. Reinhard Hydrich, eine zentrale Figur in der SS-Führung und schon nach dem Überfall in Polen für den „Krieg gegen die Zivilbevölkerung“ zuständig, wurde im Juli 1941 be-

auftragt, alle erforderlichen Vorbereitungen für eine „Gesamtlösung der Judenfrage“ zu treffen, seien sie finanzieller, organisatorischer oder verwaltungstechnischer Natur. Zu diesem Zweck berief er zum 20. Januar 1942 die Wannseekonferenz ein, um den operativen Plan der Vernichtung des gesamten jüdischen Volkes, soweit man ihm habhaft werden konnte, zu verabschieden. Es ist also ein generalstabsmäßig angelegter und bürokratisch penibel organisierter Massenmord. Der Historiker Dan Diner nennt diesen systematischen, staatlich angeordneten Völkermord an den Juden - wie auch an den Sinti und Roma – einen bis dahin nicht dagewesenen und kaum vorstellbaren Zivilisationsbruch. Dazu sagt der AfD-Mann Gauland, diese Verbrechen relativierend: Die Nazis seien „nur ein Vogelschiss“ in 1000 Jahren deutscher Geschichte.

WK

Eine Bürgerrechtsbewegung entstand: 50 Jahre Roma Day

Es war am 8. April 1971 in London: Menschen aus 14 Ländern kamen zum 1. Welt-Roma-Kongress zusammen. Der Kongress lehnte die Fremdbezeichnungen „Gipsy“ oder im Deutschen „Zigeuner“ ab, die zur Diskriminierung gebraucht wurden und werden. Und sie bezeichneten sich selbst als Roma. Eine gemeinsame Flagge und die Hymne Djelem, Djelem wurden bestimmt, um die Einheit zu zeigen, die trotz aller Vielfaltigkeit besteht. Der 8. April ist seither der Internationale Tag der Roma oder auch Welt-Roma-Tag: es ist ein Aktionstag, mit dem auf die Verfolgung und fortbestehende Diskriminierung und auf die Lage der Roma aufmerksam gemacht und zugleich die Kultur der Minderheit gefeiert wird.

1980 macht ein Hungerstreik von deutschen Sinti auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau öffentlich und nachdrücklich darauf aufmerksam, dass das mörderische Nazi-Regime auch an den Sinti und Roma Völkermord begangen hat. Es gibt kaum eine Familie, die nicht Menschen durch die systematische Vernichtung zu beklagen hat. Mit diesem Hungerstreik beginnt die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland. Dies führte 1982 – erst 1982! – zur Anerkennung dieses Völkermordes durch die Bundesregierung und 1989 durch den Bundestag. 1982 wurden der Zentralrat und die Landesverbände als Stimme der Minderheit gegründet. Als nationale Minderheit wurden



die Sinti und Roma im vereinigten Deutschland 1995 anerkannt und 2012 nach jahrelangem Ringen das internationale Mahmal in Berlin eröffnet.

Ein weiterer wichtiger Schritt der Anerkennung sind die Staatsverträge, die seit 2013 abgeschlossen wurden; im ersten dieser Verträge, in Baden-Württemberg, heißt es in der Präambel: „Sinti und Roma sind ein Teil von Baden-Württemberg. Dieses Land ist unsere gemeinsame Heimat“. 2017 und 2018 folgen weitere Staatsverträge in Hessen und in Bayern.

Eine Kultur des Gedenkens ist entstanden; Ausstellungen und eine größere Zahl von Biografien gehören ebenso hinzu wie Gedenktage für die deportierten Sinti und Roma. Zugleich aber wächst – im Sinne der Bürgerrechtsbewegung – der aktive Einsatz für gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft,

für Bildung, Wohnen, Arbeitsmarktchancen, und gegen die fortbestehende Diskriminierung und den alltäglichen Antiziganismus. Zu diesen Aktivitäten gehört auch die Initiative RomnoPowerClub der Hildegard-Lagrenne-Stiftung, einer Stiftung der Sinti und Roma. „Treffpunkt RomnoPowerClub“ präsentierte sich in einer dreistündigen, vielfältigen und live getreamten Konferenz am 9. April 2021 – Roma Day goes on – aus Erfurt, gemeinsam mit RomnoKher Thüringen und dem Projekt samo.fa des BV NeMO. Die Aufzeichnung ist zu sehen unter: samo.fa auf Youtube: RomnoPowerClub: Das sind lokale Clubs von und für junge Sinti und Roma, die selbstbewusst ihren Weg gehen. In Schule, Ausbildung und Beruf und überhaupt in ihrem Leben. Bildungsaufbruch als gemeinsame Sache.

ECHO